IMT Nuremberg Archives

H – 382

International Court of Justice

H0382 – 0001

INTERNATIONALER MILITAERGERICHTSHOF
NUERNBERG, DEUTSCHLAND, 24.6.46
SITZUNG von 10.00 - 13.00 Uhr

S-95

CONSTANTIN VON NEURATH - Wiederaufnahme

Fortsetzung des direkten Verhoers durch Dr. von Luedinghausen ( Verteidiger fuer den Angeklagten von Neurath )

F : Herr von Neurath, es ist mir zugetragen worden bzw. ich habe es auch im Rundfunk gehoert, dass gestern offenbar ein Irrtum unterlaufen ist, vielleicht infolge nicht ganz verstaendlicher Uebertragung hinsichtlich Ihrer Taetigkeit zwischen 1900 uhd 1914. Vielleicht koennen Sie das noch einmal wiederholen, denn ich habe auch das Gefuehl, als wenn vom Herrn Vorsitzenden da etwas falsch verstanden worden ist von Ihnen.

A : Es handelt sich um meinen Aufenthalt inLondon nur. Ich war von 1903 bis 1907 in London und nachher wieder im Auswaertigen Amt in Berlin.

F : Nun wollen wir dann fortfahren in der Zeit der Darstellung Ihrer Politik als Aussenminister.

Ich moechte nun folgende Frage an Sie richten : Die Anklage sieht in der Tatsache, dass waehrend Ihrer Amtszeit als Aussenminister im Fruehjahr 1935 die allgemeine Wiederaufruestung begann, die allgemeine Wehrpflicht wieder eingefuehrt und die Luftwaffe geschaffen wurde einen Beweis fuer Ihre Mitschuld an der behaupteten Verschwoerung gegen den Frieden. Wollen Sie sich dazu aeussern ?

A : Ich moechte zunaechst betonen, dass von irgendwelchen Kriegsplaenen in Deutschland in diesem Jahre und in den folgenden Jahren ueberhaupt keine Rede war. Ich bin auch vollkommen ueberzeugt, dass damals weder Hitler selbst noch seine naechste Umgebung irgendwelche Angriffsplaene auch nur erwogen haben, was an sich moeglich gewesen waere, auch ohne dass ich davon Kenntnis erhalten haette. In der Tatsache der Aufruestung allein liegt noch keine Bedrohung des Friedens, wenn man nicht entschlossen ist von den neugeschaffenen Waffen einen anderen als nur defensiven Gebrauch zu machen. An einem solchen Entschluss und auch an den Vor-



H0382 - 0002

H0382-0003

bereitungen dazu fehlte es aber damals durchaus. Genau der gleiche Vorwurf der planmaessigen Vorbereitung eines Angriffkrieges wurde im uebrigen auch saemtliche Nachbarstaaten Deutschlands treffen, die genau so aufruesteten - -

VORSITZENDER : Einen Augenblick bitte, Herr Dr. Luedinghausen, das ist doch Argumentation und keine Beweisfuehrung.

DR. LUEDINGHAUSEN: Herr Praesident, ich muss aber von ihm noch hoeren, wie sich ihm die Dinge dargestellt haben. Ich kann da Entschlusse zu Taten nur entlasten, wenn ich darlege - -

VORSITZENDER : Nein, wir wollen Argumente in der Beweisfuehrung nicht hoeren. Es gehoert zur Beweisfuehrung, wenn er sagt, dass damals keine Plaene fuer Angriffskriege getroffen worden sind. Es ist aber Argumentsache zu sagen, dass die Wiederaufruestung nicht notigerweise eine Angriffstaetigkeit mit sich brachte. Wir wollen jetzt keine Argumentsachen hoeren.

DR. LUEDINGHAUSEN : Ja.

DURCH DR. LUEDINGHAUSEN :

F : Dann bitte ich die Frage nocheinmal zu beantworten, ob tatsaechlich keinerlei Plaene bestanden, die durch die Aufruestung geschaffenen Waffen zu irgendwelchen Angriffskriegen oder sonstigen gewaltsamen Handlungen zu benutzen.

A : Das habe ich eben schon gesagt, ich brauche das nicht zu wiederholen.

F : Welche Gruende waren damals vorhanden, welche Tatsache, die Lage Deutschlands besonders bedrohlich erscheinen zu lassen ?

A : Deutschland musste damals das Gefuehl haben, von seinen hochgeruesteten Nachbarn eingekreist zu werden. Russland und Frankreich schlossen einen Beistandspakt ab, der nur als Militaerallianz bezeichnet werden kann. Ein aehnlicher Vertrag Russlands mit der Tschechoslowakei folgte unmittelbar. Russland hatte den Friedensstand seines Heeres nach eigener Erklaerung ueber die Haelfte erhoeht. Wie hoch er tatsaechlich war, liess sich nicht genau feststellen. In Frankreich setzte unter der Fuehrung Petains die Bestrebung zu einer erheblichen Verstaerkung der Armee ein. Die Tschechoslowakei hatte im Jahre 1934 bereits die zweijaehrige Dienstzeit eingefuehrt und am 1. Maerz 1935 erliess auch Frankreich

H0382-0004

ein neues Wehrgesetz, das gleichfalls die Dienstzeit erhoehte. Diese Gesamtentwicklung innerhalb weniger Monate konnte nur als eine unmittelbare Bedrohung empfunden werden, der Deutschland nicht mehr wehr - und tatenlos zusehen konnte.

Der daraufhin von Hitler gefasste Entschluss die Wehrpflicht wieder einzufuehren und allmaehlich eine Armee von 36 Divisionen aufzustellen, war demgegenueber kein Akt, durch den sich die durch Allianzen miteinander verbundenen Nachbarlaender im Ernst bedroht fuehlen konnten.

DR. LULDINGHAUSEN : Herr Praesident, ich darf im Zusammenhang hiermit bitten von folgenden in meinem Dokumentenbuch ueberreichten Dokumenten amtlich Kenntnis zu nehmen : Nummer 87, ein Dokument ueber die Aufnahme der Sowjet-Union in den Voelkerbund, 18. September 1934, Dokumentenbuch III, dann Nummer 89 ebenfalls im Dokumentenbuch III die Erklaerung des Berichterstatters des Heeresausschusses der franzoesischen Kammer vom 23. November 1931 ueber die Allianz mit Russland, Nummer 91, Dokumentenbuch III das russisch-franzoesische Protokoll zu den Ostpaktverhandlungen vom 5. Dezember 1934, Dokument Nummer 92, Dokumentenbuch III - - -

M. DUBOST : Herr Praesident, ich wollte lediglich feststellen, dass das Dokument 89 uns noch nicht zur Verfuegung gestellt wurde. Es war uns also noch nicht moeglich dieses Dokument zu untersuchen und festzustellen, ob dieses Dokument beweiserheblich ist oder nicht.

VORSITZENDER : Wenn Sie das Buch bekommen, so werden Sie das Recht haben, gegen das Dokument Einspruch zu erheben, wenn es notwendig ist. Herr Dr. Luedinghausen will jetzt uns nur sagen, welche Dokumente er/ zur Unterstuetzung der Beweisfuehrung vorlegen will. Er will diese Dokumente zum Beweis anbieten. Sobald Sie das Buch bekommen und es durchlesen koennen, dann koennen Sie gegen die Zulaessigkeit Einspruch erheben, wenn Sie wollen.

M. DUBOST : Dieses Recht wollte ich mir eben einraeumen und wenn es das Gericht erlaubt.

VORSITZENDER : Ich stimme Ihnen bei.

H0382-0005

DR. LULDINGHAUSEN : Dann kommt Dokument Nummer 92 aus Dokumentenbuch III der Aufruf des Praesidenten der tschechoslowakischen Republik vom 28. Dezember 1934 an die Armee, Dokumentenbuch III Nummer 96 franzoesische Regierungserklaerung vom 15. Maerz 1935, Dokumentenbuch III Nummer 79, ein Bericht des tschechoslowakischen Gesandten in Paris Umansky vom 15. Juni 1934, dann Dokument Nummer 101 der franzoesisch-russische Beistandspakt vom 2. Mai 1935, und Dokument Nummer 94, ein Auszug aus der Rede des franzoesischen Ministerpraesidenten Flandin vom 5. Februar 1935 vor der franzoesischen Kammer. Ich darf bitten von diesen Dokumenten amtlich Kenntnis zu nehmen.

DURCH DR. LULDINGHAUSEN :

F : Sollte nun der deutsche Entschluss zur Wiederaufruestung bedeuten und den Sinn haben, dass fortan Deutschland jede weitere Mitarbeit an internationalen Bestrebungen zur Begrenzung der allgemeinen Ruestung ablehnen wollte ?

A : Nein, keineswegs. Eine englische Anfrage, ob Deutschland bereit sei, sich spaeterhin an allgemeinen Abruestungsverhandlungen in der gleichen Art und im gleichen Umfange zu beteiligen wie sie in dem sogenannten Londoner Communique vom Februar 1935 festgelegt worden waren, wurde sofort in bejahendem Sinne beantwortet und zwar am 18. maerz, also zwei Tage nach der Einfuehrung der Wehrpflicht. Die Botschaft in London wurde angewiesen die Verhandlungen wieder aufzunehmen und insbesondere den Abschluss eines Abkommens zur Begrenzung der Flottenstaerke anzuregen.

Hitler hielt im Mai 1935 eine Rede vor dem Reichstag, in der er einen konkreten deutschen Friedensplan entwickelte, und sich unter besonderer Betonung des deutschen Friedenswillens erneut bereit erklaerte, an jedem System internationaler Vertraege zur Sicherung des Friedens teilzunehmen, auch an kollektiven Abkommen. Zur Bedingung machte er nur wie seit jeher die Anerkennung der deutschen Gleichberechtigung. Hitler erklaerte sich auch bereit, wieder in den Voelkerbund einzutreten. Er wollte damit beweisen, dass Deutschland trotz des von ihm als bedrohlich empfundenen Abschlusses von Militaer-Allianzen und der eigenen Wiederaufruestung unab-

H0382 - 0006

aenderlich den Frieden wuensche.

DR. LUEDINGHAUSEN : Ich darf das hohe Gericht bitten hierzu folgende in meinem Dokumentenbuch III befindliche Dokumente amtlich zur Kenntnis nehmen zu wollen : Nummer 95, die Antwort der Reichsregierung vom 15. Februar 1935 auf das sogenannte Londoner Communique, Nummer 97 Auszug aus dem Aufruf der deutschen Reichsregierung vom 16. maerz 1935 zur Wiederherstellung der deutschen Wehrpflicht, Nummer 98 Communique vom 26. Maerz 1935 uber die Besprechung des englischen Aussenministers Sir John Simon und des Lordsiegelbewahrers Eden mit der deutschen Reichsregierung Nummer 102, Communique vom 15. Mai 1935 ueber die Besprechung des Aussenministers Laval in Moskau, Nummer 104 die Rede Hitlers vom 21. Mai 1935 ueber den russisch-franzoesischen Pakt und Nummer 105 die Note der Reichsregierung vom 25. Mai 1935 an die Signatarmaechte des Locarnovertrages.

DURCH DR. LUEDINGHAUSEN :

F : Hatten diese deutschen Bemuehungen und die deutsche Verhandlungsbereitschaft Erfolgt ?

A : Ja, in dem es durch sie zum Abschluss des ersten und einzigen effektiv gewordenen Abkommens zur Begrenzung der Ruestung kam und zwar auf der Grundlage der deutschen Vorschlaege durch die Unterziechnung des englisch-deutschen Flottenabkommens im Juni 1935. Natuerlich waere mir eine erfolgreiche Verhandlung allgemeiner Ruestungsbegrenzungsvorschlaege zwischen allen Staaten noch lieber gewesen. Immerhin wurde dieses Abkommen eines nur zweiseitigen Vertrages als ersten Schritt auf diesem Wege von uns lebhaft begruesst. Es zeigt sich zugleich, dass mindestens England sich von dem Voelkerbundsbeschluss distanzierte, wonach Deutschland durch seine Wiederaufruestung den Vertrag von Versailles gebrochen habe. Der deutsche Schritt wurde damit als begruendet anerkannt.

DR. LUEDINGHAUSEN : Ich darf im Zusammenhang das Gericht bitten von zwei Dokumenten aus meinem Dokumentenbuch III amtlich Kenntnis zu nehmen. Das eine ist Nummer 106, eine Erklaerung des ersten Lord der englischen Admiralitaet Sir Bolton Eyres Monsell

H0382 – 0007



im englischen Rundfunk am 19t Juni 1935;- das zweite ist Nummer 119, ein Auszug aus der Erklaerung des Parlamentsekretaers der Admiralitaet, Shakesspeare im Unterhaus anlaesslich der Ratifikation des Londoner Flottenabkommens am 2o. Juli 1936.

FORTSETZUNG DER VERNEHMUNG NEURATH DURCH FRHR.V.LUEDINGHAUSEN:

A: Nein. Die vielfach betonte Bereitschaft der positiven Mitarbeit an der Ruestungsbegrenzung kam weiter in Verhandlungen zum Ausdruck, in der allgemeinen Abruestung in der Luft. Hitler hatte von vorneherein schon im Jahre 1933 die Wichtigkeit gerade dieses Punktes fuer die Erhaltung des Friedens zum Ausdruck gebracht. Deutschland war je jeder Begrenzung und auch zur vollstaendigen Abschaffung der Luftruestung bereit, falls die Gegenseitigkeit gewahrt blieb Die Anregungen dazu fanden zunaechst aber nur in England Resonnanz. Die Schwierigkeit bestand darin, auch Frankreich zur Teilnahme an den Verhandlungen zu bewegen. Dies gelang auf Grund von Benuehungen Englands erst nach 3 Monaten. Frankreich stellte aber Bedingungen, die einen erfolgreichen Fortgang dieser Verhandlungen praktisch unmoeglich machte. Darnach sollten, unbeachtet eines allgemeinen Abkommens, das alle europaeischen Staaten umfasste, auch besondere gegenseitige Vertraege erlaubt sein. Ausserdem sollte die Fortsetzung der Verhandlungen ueber die Luftruestung von der ueber den Ostpakt abhaengig gemacht werden. An diesem Ostpakt konnte Deutschland sich nicht beteiligen, da es damit voellig unuebersichtliche Abruestungsverpflichtungen militaerischer Art haette eingehen muessen. Hierdurch und durch den Ausbruch des italienisch-abessinischen Krieges, durch den die Differenzen innerhalb der Westmaechte offen zutage traten, gerieten die Verhandlungen ins Stocken.

F: Im Maerz 1936, also ein Jahr spaeter, erfolgte dann die Wiederbesetzung des Rheinlandes durch deutschen Truppen. Die Anklage sieht hierin einen Bruch des Locarno-Vertrages und einen weiteren Beweis fuer Ihre Mitverantwortlichkeit in der von der Anklage behaupteten Verschwoerung gegen den Frieden. Wollen Sie sich dazu aeussern ?

A: Diese Behauptung ist voellig unrichtig. Ein Entschluss oder ein Plan zur Fuehrung eines Angriffskrieges war damals ebenso wenig vorhanden, wie ein Jahr zuvor. Die Wiederherstellung der vollen Souverenitaet in allen Teilen des Reiches hatte zunaechst ueberhaupt keine militaerischen, sondern lediglich eine politische Bedeutung. Die Besetzung der Rheinlande wurde ueberhaupt nur mit ein

H0382 - 0008



einzigen Division durchgefuehrt und hatte schon dadurch einen rein symbolischen Charakter. Es war klar, dass sich ein grosses und tuechtiges Volk nicht fuer alle Zeiten mit einer so einschneidenden Beschraenkung seiner Souverenitaet abfinden konnte, wie dies durch den Versailler-Vertrag geschehen war. Es handelte sich einfach um eine dynamische Entwicklung, der sich auch die Fuehrung der deutschen Aussenpolitik .....

(Mikrophonstoerung)

VORSITZENDER: Stellen Sie das Mikrophon etwas naeher vor ihn hin.

V.NEURATH. Es handelte sich also einfach um eine dynamische Entwicklung, der s sich auch die Fuehrung der deutschen Aussenpolitik nicht zu widersetzen vermochte.

F: Erfolgte nun die Wiederbesetzung des Rheinlandes nach einem Plan, der bereits laengere Zeit vorher festgelegt war oder kam der Entschluss spontan ?

A: Es war einer jener ploetzlichen Entschluesse Hitlers, der innerhalb weniger Tage ausgefuehrt werden sollte.

F: Welches waren denn nun die Ereignisse, die den unmittelbaren Anlass zu diesem Entschluss bildeten ?

A: Am 16.Januar 1936 kuendigte der franzoesische Aussenminister Laval an, dass er den russisch-franzoesischen Pakt nach seiner Rueckkehr aus Genf der franzoesischen Kammer zur Ratifikation vorlegen werde. Es nuetzte auch nichts, dass Hitler in einem Interview mit dem Berichterstatter der angesehenen franzoesischen Zeitung "Paris Midi", Herrn de Juvenell, den Versuch unternahm, unter Hinweis auf die Gefahren dieses Paktes Frankreich noch einmal die Hand zu einer ehrlichen und dauernden Verstaendigung zwischen den beiden Voelkern darzureichen. Dieses Interview hatte ich allerdings vorher mit Hitler eingehend besprochen und ich bekam dabei die feste Ueberzeugung, dass es mit seinem Wunsch nach einer endgueltigen Versoehnung der beiden Voelker absolut ernst gemeint war. Aber auch dieser Versuch war umsonst. Und ebensowenig vermochte die starke Opposition gegen den Pakt von Seiten weiter Kreise des franzoesischen Volk, die unter Fuehrung der International de Kompetent stand, und im Parlament selbst die franzoesische Regierung davon abzuhalten, den Pakt ratifizieren zu lassen. Die Abstimmung fand am 27.Februar 1936 in der franzoesischen Kammer statt.

F: Ich darf das Gericht bitten, folgende zwei Dokumente aus meinem Dokumentenbuch Nr.4 amtlich zur Kenntnis zu nehmen. Das erste, Nr.108, ist das Interview

H0382 - 0009

des Fuehrers Hitler mit dem Korrespondenten des "Paris Midi" in Moskau, de Juvenell, vom 21. Februar 1936, das zweite ist Nr.107, ein Auszug aus der Rede des Abgeordneten Martinier in der franzoesischen Kammer ueber den Sowjet-Pakt vom 13. Februar 1936. Am 7. Maerz 1936 erfolgte nun als Antwort auf diese Ratifikation des Vertrages der Einmarsch der deutschen Truppenverbaende in die entmilitarisierte Rheinlandzone.

Welche Erwaegungen hatte die deutschen Staatsfuehrung zu diesem, doch immerhin recht schwerwiegenden Schritt bestimmt, denn gerade bei der bisherigen feindlichen Einstellung der franzoesischen Politik musste doch die Gefahr naheliegen, dass die Westmaechte sich dieses Mal nicht mehr mit papierenen Protesten und den Voelkerbundsrevolutionen begnuegen, sondern mit Waffengewalt gegen diese nach ihrer Ansicht einseitige Aufhebung von Vertraegen ....

VORSITZENDER: Dr.Luedinghausen ist das eine Frage oder eine Erklaerung ?

DR.LUEDINGHAUSEN: Eine Frage. Ich will eben beweisen, wie sich die Regierung damals dazu eingestellt hat. Denn wenn ich hierzu etwas sagen darf, diese Erlaeuterungen zur Begruendung der damaligen Entschluesse, muss ich ja aus dem Munde des Angeklagten hoeren, denn wenn ich sie nun nachher im Plaidoyer ...

VORSITZENDER: Deshalb habe ich Sie ja unterbrochen. Sie haben eine Reihe von Tatsachen ausgesagt. Sie duerfen jedoch keine Tatsachen auffuehren, Sie muessen etwas von dem Zeugen herausholen.

DR.V.LUEDINGHAUSEN: Ich will von dem Zeugen wissen, welche Erwaegungen zu dem Entschluss gefuehrt haben.

Wollen Sie uns nun kurz schildern, welche Erwaegungen es waren, die damals von Ihnen angestellt wurden ?

A: Ich habe bereits in meinen vorangegangenen Antworten dargelegt, warum wir in dem franzoesisch-russischen Pakt und in dem uebrigen Verhalten der franzoesischen Politik die staerkste Bedrohung seitens Frankreichs erblicken mussten. Denn, dass diese Anhaeufung von Macht in der franzoesischen Hand durch seine verschiedenen Beistandspakte sich nur gegen Deutschland richten konnte, war unzweifelhaft. Es gab auf der ganzen Welt kein anderes Land, welches dafuer in Frage kam. Im Falle kriegerischer Verwicklungen, mit deren Moeglichkeit angesichts der ganzen Situation durch eine verantwortungsvolle Staatsfuehrung gerechnet werden musste, da infolge der Entmilitarisierung des Rheinlandes die Westgrenzen Deutschlands vollkommen offen waren, das war nicht nur diskriminierende, sondern eine auch die Deutsche Sicherheit am meisten bedrohende

H0382 – 0010

Bestimmung des Versailler-Vertrages. Sie war aber hinfaellig geworden, durch den am 11.12.1932 erfolgten Beschluss der fuenf Maechte in Genf.

VORSITZENDER: Dr.v.Luedinghausen. Das Gericht ist der Meinung, dass das alles Argumentssache ist. Wenn irgendwelche Tatsachen bestehen betreffs dem, was die deutsche Regierung damals tatsaechlich getan hat, nach dem franzoesisch-russischen Pakt und bevor sie im Rheinland einmarschierte, dann kann der Zeuge uns diese Tatsachen geben, aber dies ist Argumentssache. Das Tribunal kennt dies zur Genuege und brauchtdiese nicht noch einmal in der Beweisfuehrung ausgesagt haben.

DR.V.LUEDINGHAUSEN: Ich wollte nur, Herr Praesident, vermeiden, dass, wenn ich nachher in meinem Plaidoyer diese Gruende gebe, mir vorgehalten werden koennte, dass das meine Ansicht war. Denn mir liegt daran, zu zeigen, dass damals diese Erwaegungen .....

VORSITZENDER: Dr. von Luedinghausen. Das ist eine falsche Auffassung. Wir hoeren jetzt die Beweisfuehrung. Wenn wir Sie gehoert haben, dann wollen wir die Argumentssache von Ihnen hoeren.

DR.LUEDINGHAUSEN: Das will ich vermeiden, dass es nachher heisst, diese Argumentfuehrung stammt von mir, denn diese Argumentsfuehrung stammt vom Angeklagten.

VORSITZENDER: Ich will Ihnen dartun, dass es die Aufgabe des Anwaltes ist, zu argumentieren und Aufgabe des Gerichtes, sich diese Argumente anzuhoeren, aber es ist nicht unsere Aufgabe, dem Argument im Laufe der Beweisfuehrung zuzuhoeren.

V.NEURATH: Ich darf dazu vielleicht noch eine Sache anfuehren:
Im Laufe des Winters 1936 hatten wir durch unseren militaerischen Nachrichtendienst in Erfahrung gebracht, dass der franzoesische Generalstab bereits einen militaerischen Plan fuer einen Einmarsch nach Deutschland ausgearbeitet hatte und zwar sollte dieser Einmarsch ueber das Rheinland, entlang der sogenannten Mainlinie, nach der Tschechoslowakei zur Vereinigung mit den russischen Bundesgenossen gefuehrt werden.

F: Ich will mich dann auf Grund dessen, was der Herr Vorsitzende gesagt hat, mit der Beweisfuehrung bezw. mit Ihren Erwaegungen zufrieden geben und mir jetzt vorbehalten, diese im Plaidoyer zu bringen und ich moechte deswegen nur noch die eine Frage stellen: Lag in dem Entschluss zur Wiederbesetzung des Rheinlandes damals irgendeine aggressive Absicht fuer den Augenblick oder fuer spaetere Zeiten ?

H0382 - 0011

A: Nein, unter gar keinen Umstaenden. Die Wiederbesetzung hatte, wieaus meinen Ausfuehrungen hervorgeht, rein defensiven Charakter und sollte auch keinen anderen haben. Durch die Besetzung mit so schwachen Kraeften wie einer Division, war ja klar ersichtlich, dass es eine rein sybolische Handlung war, wie hier auch von militaerischer Seite ausgesagt wurde. Wie zum Beispiel der Zeuge Milch hier erklaert hat, war die Luftwaffe ueberhaupt nicht daran beteiligt und hatte erst 2 oder 3 Tage vorher von der ganzen Aktion erfahren. Dass aber auch kein Angriffsplan fuer die Zukunft zugrunde lag, ergibt sich aus der Tatsache, dass die deutsche Regierung auf Anregung Englands, sich unter dem 12.Maerz 1936 von sich aus sofort verpflichtete, bis zu einer guetlichen Verstaendigung mit den Westmaechten insbesondere mit Frankreich, die Garnisonen des Rheinlandes nicht zu erhoehen und die Truppen nicht naeher als geschehen an die Grenzen heranzufuehren unter der Voraussetzung allerdings, dass von Frankreich das geschehe. Frankreich behauptete dieses Angebot nicht annehnen zu koennen. Sodann aber hatte Deutschland in dem Memorandum vom 7. Maerz 1936 an die Signaturmaechte von Locarno, das hier von der Anklagebehoerde bereits vorgelegt worden ist, nicht nur festumrissene Vorschlaege, die eine Verstaendigung mit Frankreich, Belgien und den uebrigen Locarnomaechten gemacht, sondern auch seine Bereitswilligkeit erklaert, einen allgemeinen Luftpakt zur Verminderung der Gefahr ploetzlicher Luftangriffe abzuschliessen und ausserdem wieder in den Voelkerbund einzutreten. In einer Rede im Reichstag vom 7.Maerz 1936 hat Hitler die Gruende, fuer die Wiederbesetzung der Rheinlande vor aller Welt dargelegt. Auch diese Rede und das Memorandum hatte ich mit Hitler vorher eingehend durchgesprochen und ich kann nur wiederholen, dass auch nicht der geringste Verdacht bei mir aufkommen konnte, dass Hitler es nicht ehrlich meihe, etwa seine wahre, auf Krieg gerichtete Ansicht vor der Welt zu verbergen wuensche. Ich bin auch heute noch der festen Ueberzeugung, dass Hitler damals an keinen Krieg dachte. Dass mir selbst ein solcher Gedanke fernlag, brauche ich nicht zu betonen. Ich habe im Gegenteil die Wiederherstellung der Souveraenitaet ueber das ganze deutsche Reichsgebiet als einen Schritt zum Frieden und zur Verstaendigung angesehen.

VORSITZENDER: Sie koennen fortfahren, Herr Dr. Luedinghausen. Sie erlauben dem Angeklagten lange Reden zu halten, das ist nicht das Ziel der Beweisfuehrung.

DR.V.LUEDING-HAUSEN: Ich moechte dazu vorlegen verschiedene Dokumente bezw. das Gericht bitten, von folgenden Dokumenten in meinem Dokumentenbuch Nr.4 amtlich Kenntnis zu nehmen, zunaechst Nr.1o9, Memorandum der Reichsregierung an die Sig-

H0382 - 0012



naturmaechte des Locarnovertrages vom 7. Maerz 1936, die amtliche Erklaerung der deutschen Reichsregierung vom 13. Maerz 1936, Nr.112 und 113, die Mitteilung des deutschen Botschafters in London an den englischen Aussenminister Eden vom 12.Maerz 1936, und eine Denkschrift der deutschen Reichsregierung vom 3.Januar 1936, die durch den ausserordentlichen damaligen Botschafter Deutschlands in London, Herrn von Ribbentrop, der englischen Regierung ueberreicht worden war.

Was ist nun die aussenpolitische Folge der Wiederbesetzung des Rheinlandes ?

A: Ich glaube, mit Ruecksicht auf die Wuensche des Herrn Praesidenten des Gerichts will ich dazu keine Ausfuehrungen machen.

F: Was haben nun die Westmaechte getan, haben sie irgendwelche politischen oder diplomatischen Schritte unternommen ?

A: Aussenminister Eden hat im Unterhaus erklaert, dass das Vorgehen Deutschlands keine feindselige Drohung in sich erschloesse und hat im uebrigen eine loyale Pruefung der deutschen Friedensvertraege zugesagt.

F: Ich moechte hierzu vorlegen und das Gericht um Kenntnisnahme bitten, im folgenden in meinem Dokumentenbuch Nr.4 enthaltenen Dokument 125, Auszuege aus einen Vortrag des amerikanischen Unterstaaatssekretaer Welles ueber den Versailler-Vertrag und Europa vom 7. Mai 1937, Dokument Nr.12o. Auszug aus einen Dekret der Volkskommissare Russlands ueber die Herabsetzung des Dienstpflichtalters Nr.117, ein Bericht des tschechoslowakischen Gesandten in Haag vom 21. April 1936.
Haben nun, Herr von Neurath, Ihre bezw. die vom Auswaertigen Amt unternommenen weiteren Schritte und Versuche, gegen eine friedliche Verstaendigung mit den uebrigen europaeischen Maechten aufgehoert oder sind sie fortgesetzt worden ?

A: Diese Bemuehungen wurden dauernd fortgesetzt. Die naechste Gelegenheit dazu ergab sich in unseren Verhaeltnis zu Oesterreich. Die Entwicklung dieses Verhaeltnisses seit dem Jahre 1933 ist vor Gericht hier bereits eingehend eroertert worden. Ich moechte aber immerhin ganz besonders betonen, dass mein Standpunkt ueber unser Verhaeltnis zu Oesterreich von Anfang an bis zum Schluss unveraendert dahin ging, dass ich zwar eine enge wirtschaftliche Verbindung, etwa in der Form einer Zollunion zwischen den beiden Laendern, und eine gleichgerichtete Aussenpolitik auf Grund von Staatsvertraegen und enger Fuehlungnahme der beiden Regierungen wuenschte, dass ich aber die volle Unabhaengigkeit Oesterreichs unter allen Umstaenden gewahrt wissen wollte.

H0382 – 0013



Ich war deshalb stets ein ausgesprochener Gegner jedweder Einmischung in die inneren politischen Verhaeltnisse Oesterreichs und lehnte daher auch jede Unterstuetzung der oesterreichischen Nationalsozialisten durch die deutschen Nationalsozialisten im Kampfe der Ersteren gegen Dollfuss und Schuschnigg entschieden ab und ich bin deswegen dauernd bei Hitler vorstellig geworden.

Dass ich die Ermordung von Dollfuss sowohl vom moralischen, wie politischen Gesichtspunkt aus auf das Schaerfste verurteilte und dass mit diesem Morde das von mir geleitete Auswaertige Amt nicht das Geringste zu tun hatte, wie kuerzlich von der Anklage behauptet wurde, brauche ich nicht weiter zu versichern. Dass aber auch Hitler dem Morde voellig fernstand, kann ich aus den mehrfachen Aeusserungen, die er zu mir gemacht hat, nur bestaetigen. Die Tat war von oesterreichischen Nationalsozialisten, die teilweise weit radikaler waren, als die Deutschen, begangen.

Im uebrigen wird diese, meine Meinung am besten dadurch bewiesen, dass ich, als kurz nach dem Mord an Dollfuss der deutsche Gesandte in Wien, Herr Ried, ohne mein Wissen bei der oesterreichischen Regierung freies Geleit fuer eine Anzahl am Mord beteiligter Personen nach Deutschland erwirkte, diesen sofort aus Wien abberief und ihn aus dem Auswaertigen Dienst entliess.

Ebenso war ich, wie uebrigens auch eine Reihe anderer Minister, gegen die deutscherseits gegen Oesterreich verhaengte Reisesperre.

Ich begruesse aber durchaus die im Jahre 1935 einsetzenden und von Herrn von Papen mit Erfolg durchgefuehrten Bestimmungen nach einer Verstaendigung mit Oesterreich. Ich habe auch in diesem Sinne immer auf Hitler eingewirkt. Ueber die Verhandlungen des Herrn von Papen in Wien in dieser Zeit bin ich allerdings nur mangelhaft informiert, da Herr von Papen mir nicht unterstand, vielmehr seine Befehle direkt von Hitler erhielt.

Von einer Reihe von Briefen, die Herr von Papen an Hitler geschrieben hat, habe ich erst hier in der Verhandlung etwas erfahren.

DR.v. [redacted]DINGHAUSEN: Ich darf hierzu zwei Stellen zitieren und zwar die eine aus einem Brief des Herrn von Neurath an den damaligen Leiter der politischen Abteilung des Aussenministeriums vom 28. Juli 1934 Nr. 84 meines Dokumentenbuches 3, Seite 227, in dem es mit Bezug auf die damaligen Verhaeltnisse heisst:

"Die oesterreichischen Ereignisse sind da in ihrer Entwicklung noch nicht

H0382 - 0014

abzusehen, die akute Gefahr ---

VORSITZENDER: Einen Augenblick, Sie schreiten etwas zu schnell vorwaerts, Sie haben nicht auf das Licht geachtet. Fahren Sie fort.

DR. v. LUEDINGHAUSEN: "Die oesterreichischen Ereignisse sind ja in ihrer Entwicklung noch nicht abzusehen; die akute Gefahr fuer uns scheint mir aber Dank des raschen Handelns abgewendet. Allerdings heisst es jetzt grosse Zurueckhaltung ueben und in dieser Richtung habe ich den Reichskanzler gestern bearbeitet. Ich fand volles Verstaendnis."

Weiter darf ich eine Stelle zitieren aus dem von mir bereits vorgelegten Affidavit des Landesbischofs Dr. W u r m Nr. 1 meines Dokumentenbuches 1, wo es auf Seite 3 woertlich heisst:

"Insbesondere erinnere ich mich seiner -Herr von Neurath's- scharfen Verurteilung der Vorgaenge in Wien, bei denen der Bundeskanzler Dollfuss ermordet wurde und der Personen, deren sich Hitler bei der Agitation in Oesterreich bediente."

Ich darf ferner noch verweisen in diesem Zusammenhang auf ein Dokument, das bereits von Herrn Seyss-Inquart, bzw. seinem Verteidiger unter No. E.S. 32 vorgelegt worden ist und das ein Interview des damaligen Staatskanzlers Dr. Renner vom 3. April 1938 enthaelt. Ich habe es vorsichtshalber noch einmal auch in meinem Dokumentenbuch unter Nr. 130, Dokumentenbuch Nr. 4 vorgelegt.

DURCH DR. v. LUEDINGHAUSEN:

F: Herr von Neurath, es ist Ihnen bekannt, dass die Anklage Ihnen vorwirft, dass der im Zuge dieser Bestimmungen des Herrn von Papen am 11. Juli 1936 zustande gekommene Vertrag zwischen Deutschland und Oesterreich, wie er hier ja bereits eingehend eroertert worden ist, in betruegerischer Absicht abgeschlossen wurde, d.h. zu dem Zwecke, Oesterreich in Sicherheit einzulullen und dadurch seine spaetere Einverleibung in das Reich vorzubereiten. Wollen Sie sich bitte zu diesem Punkt aeussern?

A: Diese Unterstellung der Anklage ist eine glatte Unwahrheit. Ich habe diesen Vertrag in Wirklichkeit ehrlich und freudig begruesst; denn er entsprach ja in jeder Hinsicht meinem Standpunkt und ich sah auch darin das beste Mittel, um zu einer Bereinigung des unnatuerlichen Zwistes zu kommen und deshalb habe ich an seinem Zustandekommen nach Kraeften mitgewirkt.

H0382 - 0015

Im uebrigen ist die Behauptung der Anklage ja auch schon durch die hier abgegebenen Erklaerungen des frueheren Aussenministers Dr. Guido Schmidt widerlegt. Der Vertrag hatte aber zu meiner Genugtuung auch eine besondere aussenpolitische Bedeutung. Durch diesen Vertrag, in dem die Selbstaendigkeit Oesterreichs deutscherseits eindeutig festgelegt und anerkannt wurde, wurde der bis dahin einen europaeischen Gefahrenherd bildende deutsch-oesterreichische Zwist beseitigt.

DR. v. LUEDINGHAUSEN:Herr Vorsitzender, ich habe hierzu aus meinem Dokumentenbuch Nr. 4 unter Nr. 118 dieses Abkommen zwischen Deutschland - Oesterreich vom 11. Juli 1936 beigefuegt und bitte meinerseits amtlich davon Kenntnis zu nehmen.
DURCH DR. v. LUEDINGHAUSEN:

F: Herr von Neurath, Sie haben ausser der Bereinigung der oesterreichischen Frage in den Jahren vor 1937 Verhandlungen mit ost-europaeischen Staaten gefuehrt und ich moechte Ihnen hierzu vorhalten, dass in dem Affidavit des amerikanischen General-Konsuls Messersmith, das von der Anklagebehoerde als US-Exhibit Nr. 68, PS 2385 vorgelegt worden ist, behauptet wird, dass diese Verhandlungen den Zweck gehabt haetten, diese Suedost-Staaten zu einer Zustimmung zu der von Deutschland beabsichtigten Zerstoerung und Aufteilung der Tschechoslowakei und sogar zu einer aktiven Teilnahme an dieser zu bewegen und dass Sie zu diesem Zweck im Zuge dieser Verhandlungen diesen Staaten sogar versprochen haetten, bzw. haetten versprechen lassen, dass sie dafuer Teile der Tschechoslowakei, ja sogar oesterreichische Gebiete als Belohnung erhalten wuerden. Wollen Sie sich bitte auch dazu aeussern?

A: Diese Behauptungen des Herrn Messersmith sind von Anfang bis zum Ende reine Erfindungen und Hirngespinste. Es ist nicht ein wahres Wort an ihnen. Ich kann ueberhaupt dieses Affidavit nur als eine Fantasie bezeichnen. Es ist schon nicht wahr, dass Herr Messersmith, wie er behauptet, eng mit mir befreundet gewesen sei. Ich habe Herrn Messersmith einige Male bei groesseren Veranstaltungen gesehen. Ich habe mich schwer gehuetet, mich mit ihm in ein politisches Gespraech einzulassen, weil mir bekannt war, dass er in seinen Berichten und sonstigen Aeusserungen ueber Gespraeche, die er mit Diplomaten gehabt hatte, einen der Wahrheit keineswegs immer entsprechenden Sinn zu geben pflegte.
Sein Affidavit enthaelt aber auch bezeichnenderweise kaum genaue Angaben ueber die Quellen, aus denen er seine Weisheiten geschoepft haben will.

Meine Verhandlung mit den Suedost-Staaten, wie auch meine persoenlichen Reisen in ihre Hauptstaedte, hatten in Wahrheit einzig und allein den Zweck, die bestehenden wirtschaftlichen Beziehungen zu vertiefen und damit den beiderseitigen Handel und Warenaustausch zu foerdern. Ausserdem wollte ich mich ueber die auf dem Balkan ja immer schwer zu uebersehenden politischen Verhaeltnisse selbst orientieren.

DR. VON LUEDINGHAUSEN: Ich habe in meinem Dokumentenbuch Nr. 2 unter Nr. 30, Seite 87, einen kurzen Auszug aus einem anderen Affidavit des Herrn Messersmith vom 29. August 1945 vorgelegt. Es ist bereits von der Anklage gleichfalls unter US-750, PS 2386, allerdings in einem anderen Zusammenhang, vorgelegt worden. Ich moechte aber aus diesem Auszug folgende Stelle zitieren; sie befindet sich auf Seite 87 meines Dokumentenbuches II und Lautet:

"Waehrend der Jahre 1933, 1944 wurde das deutsche Auswaertige Amt von der Naziregierung zum groessten Teil mit den konservativen Beamten der alten Richtung beibehalten. So blieb die Lage im allgemeinen waehrend des Zeitabschnittes, in dem Baron v. Neurath Aussenminister war. Nachdem v. Ribbentrop Chef des Auswaertigen Amtes geworden war, veraenderte sich allerdings die Lage in Bezug auf die politischen Beamten, nach und nach. Waehrend Neurath's Amtsfuehrung war das deutsche Auswaertige Amt nicht gleichgeschaltet worden und man kann Neurath und seine Helfer kaum fuer die Handlungen der deutschen Aussenpolitik waehrend dieser Periode tadeln, obwohl sein Verbleiben im Amt seine Zustimmung zu den Nationalsozialisten anzudeuten scheinen. Fuer dieses Verhalten koennte v. Neurath in seiner Verteidigung leicht Beweggruende aus patriotischen Motiven auffuehren."

Ich habe dann noch zu diesen Reisen in dieser Politik des Angeklagten im Suedosten, die drei Communiques ueber den Besuch Herrn v. Neurath in Belgrad, in Sofia und Budapest im Juni 1937 unter Nr. 122, 123 und 124 meines Dokumentenbuches 4, vorgelegt und bitte das Gericht von diesen Kenntnis zu nehmen.

DURCH DR. VON LUEDINGHAUSEN:

F: Herr v. Neurath, die Anklage versucht, Ihnen aus Ihrer Rede vom 29. August 1937, die Sie auf einer Kundgebung der Auslandsdeutschen in Stuttgart gehalten haben, einen Vorwurf machen zu wollen, indem sie in einer Aeusserung von Ihnen in dieser Rede, aggressive Tendenzen Ihrer Politik erblickt.

Sie zitiert von dieser Rede woertlich folgende angeblich von Ihnen gebrachte Saetze:



H0382 - 0016

H0382 – 0017

"Die Einheit des nationalen Willens, der durch die Nationalsozialisten mit beispiellosem Elan--------geschaffen wurde, hat eine Aussenpolitik ermoeglicht, durch die die Bestimmungen des Versailler Diktates gesprengt, die Wehrfreiheit wiedergewonnen und die Souveraenitaet im ganzen Staatsgebilde wieder hergestellt wurde. Wir sind wieder Herr im eigenen Hause geworden und haben uns die Machtmittel geschaffen, wie es auch in aller Zukunft zu bleiben hat. Wir haben mit unseren aussenpolitischen Aktionen niemanden etwas genommen. Die Welt solle aus den Taten und Worten Hitler's ersehen, dass es keine Aggressionsgeluste sind."

Ich moechte darauf hinweisen, dass diese Saetze nur in groesserem Zusammenhang zu verstehen sind und moechte daher die Erlaubnis des Gerichtes erbitten, diesen Wortlaut kurz im Zusammenhang vorzulesen. Dieser Auszug aus der Rede wird von mir im Dokumentenbuch IV, unter Nr. 126 vorgelegt. Ich zitiere:

"Wir sind ueberhaupt Herr im eigenen Hause geworden. Wir haben uns die Machtmittel geschaffen, dass nun auch in aller ---

VORSITZENDER: Dr. v. Luedinghausen, Sie haben das eben verlesen, Sie haben es schon einmal vorgelesen.

DR. VON LUEDINGHAUSEN: Ich will nur den Zwischensatz reinfuegen.

VORSITZENDER: Sie koennen natuerlich vorlesen, was erheblich ist und was ausgelassen wurde.

DR. VON LUEDINGHAUSEN: Das Zitat lautet, das ich bringe:

"Diese Haltung des neuen deutschen Reiches ist in Wahrheit das staerkste Bollwerk fuer die Sicherung des Friedens und wird sich in einer unruhig bewegten Umwelt immer mehr als ein solches erweisen, gerade weil wir die Gefahr bestimmter Zerstoerungstendenzen, wie sie sich in Europa geltend zu machen suchen, erkannt haben, suchen wir nicht nach den Tendenzen, sondern damit den Verbuendeten zwischen den Staaten und Voelkern. Wir denken nicht an politische Isolierung, wir erstreben eine politische Zusammenarbeit der Regierungen, eine Zusammenarbeit die, wenn sie Erfolg haben soll, allerdings nicht auf theoretischen Kollektivitaetsideen, sondern auf der lebendigen Realitaet beruhen und sich den konkreten Aufgaben der Gegenwart zuwenden muss. Mit Genugtuung koennen wir feststellen, dass wir in der Verfolgung einer solchen realen Friedenspolitik Hand in Hand mit dem uns befreundeten Italien gehen. Das rechtfertigt die Hoffnung, dass wir auch

mit den anderen Regierungen zu einer freundschaftlichen Verstaendigung ueber die wichtigen aktuellen Fragen der Aussenpolitik gelangen."

Ende des Zitates.

DURCH DR. VON LUEDINGHAUSEN:

F: Haben Sie, Herr v. Neurath zu dem noch etwas zu sagen?

VORSITZENDER: Ich denke, das wuerde ein guenstiger Zeitpunkt fuer eine Unterbrechung sein.

(woraufhin sich das Gericht zurueckzieht)

DR. VON LUEDINGHAUSEN: Herr von Neurath, ich hatte Ihnen vor der Pause dieses Zitat vorgehalten aus Ihrer Rede vom 29. August 1937 und hatte Sie gefragt, ob Sie noch eine Erklaerung dazu abgeben wollen?

A: Ich sollte meinen, dass die Ausfuehrungen dieser Rede genau das Gegenteil von dem sind, was die Anklage daraus machte; denn man kann wohl kaum ueberzeugender den friedlichen Charakter meiner Rede darstellen, wie ich es in dieser Rede getan habe.

F: Die Anklage hat Ihnen dann weiter vorgehalten als Beweis fuer ihre Behauptung, dass die gesamte von Ihnen gefuehrte Politik als das Brechen eines Vertrages zu einer Zeit zusammengefasst werden koennte, folgende Saetze, die Sie in Ihrer Rede vom 30. Oktober 1937 vor der Akademie fuer deutsches Recht gesagt haben; sie lauten:

"Aus der Kenntnis dieser elementaren Tatsache heraus hat das Reichskabinett stets zu Gunsten dessen Fuersprache eingelegt, jedes konkrete internationale Problem mit den Methoden, die dafuer geeignet sind, zu behandeln, und es nicht unnoetig mit anderen Problemen zu verschmelzen, und dadurch zu komplizieren, und, solange Probleme nur zwischen zwei Maechten getroffen sind, den Weg fuer eine sofortige Verstaendigung zwischen diesen beiden Maechten zu waehlen. Wir sind in der Lage festzustellen, dass diese Methoden sich selbst als gut erwiesen haben, nicht nur im deutschen Interesse, sondern auch im allgemeinen Interesse."

Was haben Sie dazu zu sagen, zu diesem Vorwurf?

A: Dieses Zitat ist zunaechst einmal voellig aus dem Zusammenhang gerissen. Die ganze Rede enthaelt eine Darlegung der Gruende, aus denen ich, und damit die deutsche Politik, den Abschluss von zweiseitigen Vertraegen fuer vorteilhafter hielt, im Sinne des Friedens, als sogenannte Kollektiv-Vertraege; und



H0382 - 0018

H0382 - 0019

aus dieser Tendenz heraus nur ist der zitierte Passus zu verstehen. Ich bitte Sie daher, den zitierten Passus in seinem Zusammenhang dem Gericht vorzutragen.

DR. VON LUEDINGHAUSEN: Ich habe diese Rede Herrn von Neurath's ueber Voelkerrecht und Voelkerbund, die er am 30. Oktober 1937 vor der Akademie fuer deutsches Recht gehalten hat, unter Nr. 128 meinem Dokumentenbuch Nr. 4 beigefuegt, und moechte mit Erlaubnis des Gerichts den bezueglichen Abschnitt ganz verlesen, aus dem sich dann ergeben wird, dass das von der Anklage ausgewaehlte Zitat nicht den Sinn hat, den ihm die Anklage unterlegt. Es heisst hier naemlich:

"Ich bin ueberzeugt, dass sich die gleichen oder aehnlichen Bedenken auch in anderen Faellen ergeben wuerden, in denen man ein so schematisches Gebilde, wie ein unbedingt gegenseitiges Beistandssystem, fuer eine mehr oder weniger grosse Gruppe von Staaten einfuehren wollte. Solche Projekte werden im guenstigen Falle, wenn sie naemlich wirklich von allen Teilnehmern ---

VORSITZENDER: (unterbrechend) Ist es nicht genuegend, sich auf dieses Dokument zu beziehen? Der Angeklagte hat gerade gesagt, dass die Rede die Gruende enthaelt, warum er zweiseitige Vertraege fuer besser hielt, als allgemeine Vertraege. Er hat das gesagt. Das Dokument bestaetigt es scheinbar auch. Koennen Sie nicht auf das Dokument verweisen, ohne die Worte zu verlesen?

H0382 - 0020

DR VON LÜDINGHAUSEN: Ich tat dies, weil es aus dem Zusammenhang gerissen war und ich glaubte, dem Gericht es im Zusammenhang vorbringen zu dürfen. Aber wenn das Gericht es vorzieht, es selbst zu lesen, werde ich auf das Zitat verzichten.

VORSITZENDER: Es scheint mir gar keinen Zusammenhang herzustellen. Es sind gerade die Worte, deren Sinn der Angeklagte eben erklärt hat.

DR VON LÜDINGHAUSEN: Ich habe einen Satz weggelassen, weil er mir überflüssig schien. Aber es ergibt sich aus dem Zusammenhang der ganzen Rede, und, wie gesagt, wenn das Gericht es vorzieht, die Rede, soweit ich sie verlesen habe , im Zusammenhang zu lesen, werde ich mich damit begnügen.

DURCH DR VON LÜDINGHAUSEN:

F Herr von Neurath, die Anklage hat unter Nr. 1-150, U.S.65, eine Notiz des damaligen amerikanischen Botschafters in Paris, Bullitt, über seine Unterhaltung mit Ihnen im Mai 1936 vorgelegt, und folgert aus dieser, - es ist Seite 8 des englischen Trial-Briefes - dass Sie als Aussenminister an der Planung von Angriffen gegen Österreich und die Tschechoslowakei beteiligt waren. Wollen Sie sich bitte zu diesem, Ihnen ja auch bekannten Dokument, und dieser Anklage äussern.

A Die Besetzung des Rheinlandes hatte naturgemäss in der Öffentlichkeit und unter den Signaturmächten von Versailles zunächst Unruhe hervorgerufen. Besonders war dies bei Frankreich und der Tschechoslowakei der Fall. Es war deshalb selbstverständlich für die Führung einer deutschen, vernünftigen Aussenpolitik, dass man diese Unruhe sich legen lassen müsste, um die Welt zu überzeugen, dass Deutschland keine Aggressiv - Pläne damit verfolge, sondern nur die Wiederherstellung seiner vollen Souveränität im Reichsgebiet. Die Errichtung von Befestigungen sollte auch nur dazu dienen, die Versuchung für die hochgerüsteten Nachbarn zu vermindern, bei jeder ihnen passend erscheinenden Gelegenheit in das offenliegende deutsche Reichsgebiet einzumarschieren, nachdem es trotz andauernder Bemühungen und Verhandlungen gelungen

H0382 – 0021

war, sie zur Einhaltung der im Versailler Vertrag übernommenen Verpflichtung zur Abrüstung zu bewegen.

Wie ich schon ausgeführt habe, haben Frankreich und die Tschechoslowakei anstatt abzurüsten, dauernd weitergerüstet, und durch einen Abschluss von Verträgen mit Sowjet-Russland ihre militärische Übermacht verstärkt.

Dies hatte ich bei der Unterredung mit Herrn Bullitt zum Ausdruck bringen wollen, als ich sagte, wir würden vorerst keine weiteren diplomatischen Aktionen unternehmen, und ich hoffe auch dadurch, das heisst durch die Erschwerung etwaiger militärischer Angriffe, Frankreich und die Tschechoslowakei zur Änderung ihrer deutschfeindlichen Politik zu veranlassen, und ein besseres Verhältnis zwischen diesen beiden Ländern im Interesse der Erhaltung des Friedens herbeizuführen.

Diese meine Hoffnung und Ansicht ergibt sich ganz klar aus dem letzten Absatz des Bullitt-Berichtes, dem übrigensHerr Bullitt selbst durchaus zustimmt.

Was sodann die Bemerkung über die Politik Englands auf Seite 2, Absatz 2, des Berichtes anlangt, so war England damals bemüht, eine Annäherung Deutschlands an Italien, mit dem es wegen der Abessinien-Frage in eine gefährliche Spannung gekommen war, zu verhindern. Dieser Annäherung dachte das Foreign Office durch die Zusicherung vorbeugen zu können, dass es die Aufgab seines Widerstandes gegen die Anschlussbewegung in Deutschland und Österreich zu erkennen gab. Diesen Widerstand teilte nämlich damals Mussolini noch voll und ganz. Die Ernenntnis dieser durchsichtigen Absicht Englands war eines der Motive zum Abschluss des deutsch-österreichischen Vertrages vom 11. Juli 1936. Die von mir angedeutete und erwartete englische Erklärung ist damn im November 1937 beim Besuch des Lord Halifax in Berlin mit dem gleichen Ziele erfolgt. Lord Halifax erklärte mir damals - - und ich habe mir diesen Anspruch wörtlich gemerkt .. -:
Ich zitiere in englisch:

H0382 - 0022

"People in England would never understand why they should go to war only because two German countrys wish to unite."
("Die Leute in England würden niemals verstehen, warum sie zum Kriege schreiten sollten, nur weil zwei deutsche Länder sich vereiniger wollen.")

Gleichzeitig allerdings hat das Foreign Office in einer mit im Wortlaut bekanntgewordenen Weisung an den englischen Gesandter in Wien auch die österreichische Regierung unter Zusicherung der vollen Unterstützung Englands zum äussersten Widerstand gegen die Anschlussbewegung auffordern lassen.

Aus dem Bullitt-Bericht geht übrigens auch noch hervor, dass ich gesagt habe, Hitler's grösster Wunsch sei eine wirkliche Verständigung mit Frankreich. Im übrigen habe ich Herrn Bullitt, wie er selbst gleich am Anfang erklärt, auch noch gesagt, dass die deutsche Regierung alles tun werde, um einen Aufstand der Nationalsozialisten in Österreich zu verhindern.

DR VON LÜDINGHAUSEN: Ich habe diese Notizen des Herrn Bullitt als Nr. 15 in meinem Dokumentenbuch, Seite 60 den letzten Satz ganz besonders zur Kenntnis nehmen zu wollen, damit ich mir im Interesse der Zeitersparnis die Zitierung dieses Absatzes versagen kann. Es ist, wie gesagt, Dokumentenbuch a, Neurath Nr. 15, Seite 60 letzter Absatz.

F Wie war nun Ihre eigene Einstellung und Ansicht über die seitens Deutschland gegenüber der Tschechoslowakei zu verfolgende Politik?

A Die tschechische Politik uns gegenüber war seit jeher durch ein starkes Misstrauen charakterisiert, das sich zum Teil aus der geographischen Lage des Landes, zwischen Deutschland un Österreich, zum Teil aus den Nationalitätengegensätzen innerhalb des Landes ergab. Diese waren stark durch Rassentiments bestimmt. Die Einbeziehung in das französisch-russische Militär- und Freundschaftsabkommen trug natürlich nicht dazu bei, dieses Verhältnis enger zu gestalten. Ich habe als Reichsaussenminister gleichwohl immer auf eine Verbesserung des politischen Verhält-

H0382 - 0023

nisses hingearbeitet und auch auf eine Ausbreitung unserer wirtschaftlichen Beziehungen, deren Bedeutung ja auf der Hand lag. Ich habe dabei Gewaltmassnahmen, oder gar eine militärische Besetzung, ebenso wenig in Betracht gezogen, wie gegenüber allen anderen Nachbarstaaten.

F Wie war nun Ihre Einstellung zur sudetendeutschen Frage?

A Da habe ich etwas weiter auszuholen. Den im Sudentenland geschlossen vorhandenen Deutschen wurde bei den Friedensverhandlungen im Jahre 1919 bei ihrer Zuteilung zum tschechoslowakischen Staat die Autonomien, nach dem Muster der Schweizer Kantone, zugesichert, wie dies Mr. Lloyd George im Unterhaus ausdrücklich erklärt hat. Die sudetendeutsche Delegation hatte damals, ebenso wie Österreich, den Anschluss an das Reich gefordert. Die Zusage der Gewährung der Autonomie wurde von Seiten der tschechischen Regierung nicht eingehalten. Statt dessen setzte sofort eine heftige Tschechisierungs-Politik ein. Den Deutschen wurde der Gebrauch der deutschen Sprache vor dem Gericht, bei den Verwaltungsbehörden etc. unter Strafenandrohung verboten. Alle Beschwerden - -

VORSITZENDER: Herr Dr. von Lüdinghausen, kann der Angeklagte sich nicht der Zeit zuwenden, mit der wir uns befassen müssen, nämlich 1938 und uns erzählen, was seine Politik damals war, ohne uns über die vorherigen Ereignisse um 1919 zu berichten.

DR VON LÜDINGHAUSEN: Ich wollte nur gewisse Grundlangen geben, aus denen seine Politik ersichtlich ist. Aber wenn das Gericht keinen Wert darauf legt, werde ich mich mit dem, was es bisher gesagt hat, begnügen.

F Herr von Neurath, wie war Ihr dienstliches und persönliches Verhältnis zu Hitler während Ihrer Zeit als Aussenminister?

A Persönlich stand ich in keinerlei näheren Beziehungen zu Hitler, ich gehörte auch nicht zu seinem engeren Kreis. Zu Anfang hatte ich sehr häufig Unterhaltungen mit ihm über aussenpolitische Fragen und er erwies sich im allgemeinen meinen Argumenten gegenüber durchaus zugänglich. Das änderte sich im

H0382-0024



Laufe der Zeit in dem Masse, in dem andere Organisationen, namentlich die Partei, sich mit Aussenpolitik beschäftigten und mit ihren Plänen und Informationen an Hitler herankamen. Dies war besonders der Fall bei dem sogenannten Büro Ribbentrop 's. Ribbentrop wurde immer mehr zum persönlichen Berater Hitler's in aussenpolitischen Fragen und gewann bei ihm zunehmenden Einfluss. Es war häufig schwierig, Hitler von den ihm von dieser Seite vorgelegten Ideen abzubringen. Die deutsche Aussenpolitik wurde auf diese Weise in gewisser Beziehung zweigleisig. Das Auswärtige Amt hatte nicht nur in Berlin, sondern auch bei seinen Vertretungen im Auslande später dauernd mit Schwierigkeiten zu kämpfen, die durch die Arbeitsmethoden und die Informationsquellen Ribbentrop's hervorgefufen wurden. Ich selbst habe mich immer gegen eine Einflussnahme von der Parteistelle auf die Aussenpolitik gewandt und insbesondere gegen eine unmittelbare Behandlung wichtiger Fragen durch Ribbentrop, und gegen seine offizielle Einschaltung in die aussenpolitischen Gebiete, soweit diese nicht meiner Kontrolle unterzogen waren. Aus diesem Grunde habe ich auch mehrfach meinen Rücktritt angeboten und erreichte daraufhin jeweils für einige Zeit, dass Hitler von der von ihm vorgesehenen Art der Einmischung Ribbentrop's Abstand nahm.

DR VON LÜDINGHAUSEN: Ich lege hierzu vor, und bitte das Gericht davon Kenntnis zu nehmen, den Ausschnitt aus der Amerikanischen Zeitung "Time" vom 10 April 1933, unter Nr. 9 meines Dokumentenbuches I, Seite 44. Ferner nehme ich Bezug und bitte das Gericht - -

VORSITZENDER: Das Gericht ist nicht der Ansicht, dass blosse Zeitungsartikel oder Kommentare als Beweismittel geeignet seien.

DR VON LÜDINGHAUSEN: Ich habe ferner vorgelegt in meinem Dokumentenbuch I unter Nr. 17 einen Auszug aus dem bekannten Buch des früheren englischen Botschafters in Berlin, Henderson, (Failure of a Mission", und verweise das Gericht darauf mit der Bitte, besondere Kenntnis davon zu nehmen, damit ich es nicht

H0382-0025

zu verlesen brauche, auf Absatz 2, Seite 69.

VORSITZENDER: Das Gericht entscheidet, dass dieses Dokument, der Artikel aus der Zeitung "Time" zugelassen werden kann, aber es ist nicht notwendig sich darauf zu beziehen.

DR VON LÜDINGHAUSEN: Es ist das Dokument Nr. 9,Herr Präsident.

VORSITZENDER: Ja, ich weiss, dass es Dokument Nr. 9 ist, ich sagte, es ist zugelassen.

DR VON LÜDINGHAUSEN: Danke vielmals.

Ich darf dann schliesslich noch vorlegen und die Aufmerksamkeit des Gerichtes auf Dokument Nr. 16 lenken, welches ein Abschiedsgesuch des Angeklagten von Neurath an Hitler enthält, vom 27. Juli 1936, anlässlich der beabsichtigten Ernennung des Herrn von Ribbentrob zum Staatssekretär. Ich brauche es ja nicht zu verlesen, ich möchte aber die Aufmerksamkeit des Gerichtes , ausser auf seinen Inhalt, auch auf die Art der Anrede und des Schlusses dieses Briefes hinweisen. Die Anrede lautet lediglich: " Sehr geehrter Herr Reichskanzler!" und die Unterschrift: " Ihr sehr ergebener von Neurath!" Ich tue es deshalb, weil hie vielfach die Anklage den Vorwurf erhoben hat, dass Floskeln gebraucht worden wären bei Schriften an Hitler, die dem üblichen Rahmen selbstverständlicher Höflichkeitsbezeugungen überstiegen haben. Solche sind von Herrn von Neurath nie gebraucht worden.

Ich verweise ferner auf das Dokument Nr. 14 meines Dokumentenbuches I, das ebenfalls ein Abschiedsgesuch enthält vom 25 Oktober 1935, und bitte auch von diesem amtlich Kenntnis nehmen zu wollen.

DURCH DR! VON LÜDINGHAUSEN:

F Herr von Neurath, sind nun nicht auch neben Ihrer offiziell Politik von anderen Stellen selbständige Handlungen unternommen Verträge unterzeichnet worden, an denen Sie nicht mitgewirkt ha ben?

A Ja, das war zum Beispiel der Fall bei der sogenannten Berlin-Rom-Tokio-Politik. Hitler verfolgte diesen Plan hartnäck und wurde darin von Ribbentrop unterstützt. Ich habe diese Poli

H0382-0026



tik abgelehnt, da ich sie für schädlich und zum Teil für phantastisch hielt, und hatte meine Mitarbeiter zur Ausführung verweigert.

Ribbentrop hat daraufhin die Verhandlungen in seiner Eigenschaft als Botschafter in besonderer Mission unabhängig weiter geführt und im Auftrage Hitler's den sogenannten Antikomintern-pakt abgeschlossen. Der Pakt trägt aus diesem Grunde die Unterschrift Ribbentrop's und nicht meine, obwohl ich damals noch Aussenminister war, und den Vertrag an sich sätte unterzeichnen müssen.

F Wir kommen nun zur Wende derPolitik. Herr von Neurath, wann ist Ihnen bekannt geworden, dass Hitler's aussenplitische Pläne vor allem die Erreichung der deutschen Gleichberechtigung über friedlichenWeg hinausging, und die Führung von Kriegen, die Anwendung von Gewalt, mit erwogen werden solle?

A Das erfuhr ich zum ersten Mal aus der oft erwähnten Ansprach Hitler's an die Oberbefehlshaber der Wehrmachtsteile vom 5. Nov. 1937, bei der ich zugegen war. Die Aufzeichnung über den Inhalt dieser Ansprache ist allerdings zunächst, wie sich hier ergeben hat, aus dem sogenannten Hoszbach-Protokoll, 5 Tage nach der Ansprache, Auszug aus einer 2 oder 3 stündigen Rede aus dem Gedächtnis gemacht worden.

Wenn diese von Hitler,mit dieser langen Rede vorgetragenen Pläne auch keinen komkreten Inhalt hatten und verschie-dene Möglichkeiten zuliessen, war doch für mich zu erkennen, dass die Gesamt-Tendenz seiner Pläne aggressiver Natur waren.

Diese Ansprache Hitlers hat mich aufs Äusserste erschüttert, da damit der bisher von mir konsequent verfolgte und mit nur friedlichen Mitteln betriebene Kurs unserer Aussenpolitik die Basis verloren hat. Es war selbstverständlich, dass ich die Verantwortung für eine solche Politik nicht tragen konnte.

DR VON LÜDINGHAUSEN: Ich darf im Zusammenhang hiermit Bezug nehmen auf das von mir bereits erwähnte Affidavit der Baronin Ritter, Nr. 3 meines Dokumentenbuches Nr. 1, und darf hierzu be-

H0382 – 0027

sonders diesen einen Absatz von Ziffer 17 meines Dokumentenbuches zitieren, der mir doch so wichtig erscheint, dass ich das Gericht bitten möchte, mir die Zitierung dieses Absatzes zu gestatten. Ich zitiere:

" Als Herr von Neurath aus den Darlegungen Hitler's am 5. Nov. 1937 zum ersten Male erkennen musste, dass dieser seine politischen Ziele durch Gewaltanwendung gegenüber den Nachbarstaaten erreichen wollte, erschütterte ihn dies seelisch so stark, dass er mehrere Herz-Attacken erlitt. Er sprach darüber eingehend mit uns bei seinem Besuch zu Neujahr 1938 und wir fanden ihn seelisch und physisch sehr mitgenommen. Er war von allem sehr betroffen davon, dass Hitler es in der Zwischenzeit abgelehnt hatte, ihm zu empfangen und sah unter diesen Umständen keine Möglichkeit, diesen von seinen Plänen abzubringen, die er aufs Schwerste verurteilte. Es ist furchtbar, die Rolle des Cassandra zu spielen, sagte er oft. Er erklärte kategorisch, dass er diese Politik unter keinen Umständen mitmachen könnte, und daraus unverzüglich die Konsequenz ziehen würde. Er ging von diesem Entschluss auch nicht ab, als Hitler ihn am 2. Februar 1938, seinem 65. Geburtstag erklärte, ihn als Aussenminister nicht entbehren zu können. Er sprach darüber am gleichen Abend bei einem Glückwunschtelefongespräch mit uns."

H0382 - 0028



F: Welche Konsequenz zogen Sie nun aus dieser Erkenntnis, die Sie auf Grund der Ansprache bekommen hatten ?

A: Etwa 2 Tage nach dieser Ansprache ging ich zum Generaloberst Fritsch, der bei der Ansprache ja zugegen gewesen war, und zusammen mit ihm und dem Generalstabschef, General Beck, besprach ich mit Ihnen, was wir eta unternehmen koennten, um Hitler umzustimmen. Wir kamen ueberein, dass zunaechst der Generaloberst von Fritsch, der in den Tagen darauf ohnehin einen Vortrag bei Hitler hatte, ihm alle militaerischen Gruende auseinandersetzen sollte, die gegen diese Politik sprechen. Ich wollte ihm dann die politischen Gruende darlegen. Leider konnte ich aber Hitler, der bald darauf nach dem Obersalzberg abreiste, und mich vor seiner Abreise nicht mehr empfangen konnte, oder wollte, erst am 14. oder 15. Januar sprechen. Hierbei versuchte ich ihm klarzumachen, dass seine Politik zum Weltkrieg fuehren muesse, und dass ich das nicht mitmache.

Viele seiner Plaene koenne man auf friedlichem Wege, allerdings etwas langsamer loesen. Er erklaerte mir darauf, er habe keine Zeit mehr. Ich machte ihn auf das Risiko des Krieges, und auf die ernsten Mahnungen der Generale aufmerksam. Ich erinnerte ihn an seine Rede im Reichstag von 1933, in der er selbst jeden neuen Krieg als einen Wahnsinn bezeichnet habe, usw.. Als er trotzdem bei seiner Auffassung blieb, erklaerte ich: dann muesse er sich einen anderen Aussenminister suchen, ich mache mich nicht zum Mitschuldigen einer solchen Politik. Hitler lehnte zunaechst mein Abschiedsgesuch ab; ich blieb aber dabei und am 4. Februar erteilte er mir den Abschied, ohne weitere Kommentare.

F: Hatten Sie den Eindruck, Herr von Neurath, dass Hitler sich nur ungern dazu entschloss, Ihnen diesen Abschied zu bewilligen, oder dass Sie mit Ihrem Ruecktrittsgesuch seinem eigenen Wunsche entgegengekommen sind ?

A: Ich glaube eher letzteres. Hitler duerfte schon laenger den Wunsch gehabt haben, die Fuehrung der Aussenpolitik --

Vorsitzender: Dr. von Luedinghausen, das ist kein Beweismittel. Sie koennen nicht fragen, was er dachte, oder was ein anderer dachte.

Verhoer durch Dr.von Luedinghausen:

F: Sie wurden gleichzeitig nach Ihrem Ruecktritt als Aussenminister zum Praesidenten des neu geschaffenen Geheimen Kabinettsrates ernannt.

H0382 – 0029



Was bedeutete diese Ernennung ?

A: Wie der Zeuge Goering bereits hier ausgesagt hat, ist die Einrichtung des Geheimen Kabinettrates nur zu dem Zwecke erfolgt, den Wandel in der Fuehrung der deutschen Aussenpolitik und die Veraenderung auf militaerischer Seite zu verdecken. Durch mehrere, weitere Zeugenaussagen ist uebrigens die Tatsache festgestellt, dass dieser Geheime Kabinettsrat niemals einberufen worden ist. - Es kommt noch hinzu, dass praktisch eine Einwirkungsmoeglichkeit ueberhaupt nicht gegeben gewesen war, da nach meinem Abschied am 4. Februar ich von jeden aussenpolitischen Nachrichten abgeschnitten war.

F: Sie behielten nun nach Ihrem Ausscheiden als Aussenminister zwar Ihren Titel als Reichsminister. Waren Sie aber noch Mitglied des Reichskabinetts, oder nicht ?

A: Nein. Abgesehen davon, dass meines Wissens damals das Reichskabinett ueberhaupt nicht mehr in Funktion war und dass es keine Sitzungen mehr in der Reichsregierung gab, war der Titel " Reichsminister" eben nur noch ein Titel rein foermlich, hinter dem keine Zustaendigkeit mehr stand, kein Ressort. Ich erhielt daher im Gegensatz zu den Mitgliedern der Reichsregierung keine gesetzlichen Vorlagen, Entwuerfe, zur Unterzeichnung mehr vorgelegt.

F: Die Anklage behauptet nun, Sie haetten im Maerz 1938, waehrend der Abwesenheit Ribbentrop's diesen als Aussenminister vertreten. Sie folgert dies aus der Eintragung im Tagebuch Jodl's:" Neurath uebernimmt inzwischen das Aussenamt." Wollen Sie sich bitte dazu aeussern ?

A: Ich war nach meiner Entlassung ab 4. Februar ganz aus dem Verkehr, auch mit meinen frueheren Kollegen, ausgeschieden und hatte mich ganz zurueckgezogen, war aber noch in Berlin. Am 11. Maerz 1938 am Sonntagmittag rief mich ploetzlich Hitler in meiner Wohnung an und bat mich, zu ihm zu kommen. In dem Vorzimmer traf ich, ausser Herrn von Papen, den General von Brauchitsch und eine Reihe von anderen hoeheren Beamten und Offizieren in der naechsten Umgebung. Ausserdem war Goering im Zimmer mit Hitler zusammen, als ich dort eintrat. Hitler teilte mir mit, dass nun der Anschluss Oesterreich's eine Tatsache sei, und dass deutsche Truppen in der Nacht vom 11. auf 12. die Grenze ueberschreiten wuerden. Auf meinen Einwand, ob denn das haette sein muessen, setzte er mir die Gruende auseinander, warum er nicht laenger warten wolle. Er rief mich, was jetzt

H0382 – 0030

seitens des Aussenamtes zu geschehen haette, das der Ausenminister in London sei. Ich erklaerte ihm rein formell, dass wir wahrscheinlich Proteste bekommen wuerden, die dann zu beantworten seien. Ausserdem muesste unsererseits eine Mitteilung an die Maechte gemacht werden, usw,; keine formellen Verhandlungen. Ferner sagte ich ihm, er solle aber sofort den Aussenminister aus London zurueckkommen lassen. Dem widersprach nun Goering. Schliesslich bat mich Hitler, ich moechte dem Staatssekretaer des Auswaertigen Amtes, seine mir eben gemachten Mitteilungen uebermitteln, damit das Auswaertige Amt im Bilde sei. Am 12. Maerz Vormittags hatte ich den Auftrag Hitlers, mit der Darstellung des Ablaufes der Ereignisse dem Staatssekretaer mitgeteilt, der der amtliche Vertreter Ribbentrop's war.

Goering wurde von Hitler fuer die Dauer seiner Abwesenheit zu seinem Stellvertreter ernannt. Diesen verstaendigte ich am 12. Maerz persoenlich, von dem Eingang des an mich gerichteten Schreibens des englischen Botschafter, mit dem Protest Englands gegen die Besetzung Oesterreichs und sagte ihm, das Auswaertige Amt werde eine Antwortnote vorlegen.

Als der Antwurf vorlag, teilte ich dies und den Inhalt Goering telefonisch mit. Dieser, als Stellvertreter Hitler's bat mich, die Antwort an seiner Stelle zu unterzeichnen, da das Schreiben der englischen Botschaft an mich gerichtet gewesen sei. Das hat Goering, als Zeuge, hier bereits ausgesagt. Daher aber auch die Fassung in dem Schreiben " im Namen der Reichsregierung."

Ich bat dann Goering wiederholt, er solle Ribbentrop aus London zurueckrufen und ihn informieren. Aus dem Telefongespraech Goering-Ribbentrop, das hier ja auch bereits vorgetragen wurde, geht hervor, dass Goering das getan hat. Die Erklaerung weshalb die englische Note an mich gerichtet war, habe ich erst hier bekommen, durch die Aussage von Goering, dass er selbst dem englischen Botschafter am 11. abends, bei einer Gesellsch ft gesagt hat, er vertrete Hitler waehrend seiner Abwesenheit und Hitler habe michgebeten, ihn evtl. mit meinem aussenpolischen Rat zur Verfuegung zu stehen. Die Eintragung in dem Tagebuch von Jodl, die ich hier erfahren habe, die nebenbei, merkwuerdigerweise, am 10. Maerz, wo ich noch gar nicht in Erscheinung getreten war, datiert ist, duerfte wohl lediglich auf die Tatsache zurueckzufuehren sein, dass jemand mich am 11. Maerz in der Reichskanzlei gesehen hat. Jedenfalls habe ich keinerlei andere Taetigkeit, als Vertreter Ribbentrop, ausgeuebt.

H0382 – 0031



F: Sie haben ja auch nicht datiert vom Auswaertigen Amt, mit der Firma des Auswaertigen Amtes....

A: Die Tatsache, dass ich da ein Papier mit dem Ueberdruck, "Praesident des Geheimen Kabinettsrates" benuetzt habe, das ich in einem Zimmer der Reichskanzlei als einziges Zeichen, dass es dieses sagenhafte Instrument gegeben hat, gefunden habe, beweist im uebrigen auch, dass ich nicht das Auswaertige Amt oder den Aussenminister vertrat, sonst haette ich das Papier des Auswaertigen Amtes benutzt.

F: Sie haben nun diese Note des britischen Botschafters am 12. Maerz, in dem eben eroerterten Schreiben beantwortet. Die Anklage macht Ihnen zum Vorwurf, dass die von Ihnen in diesem Schreiben gegebene Begruendung und Schilderung der Vorgaenge in Oesterreich, die den Einmarsch vorausgingen, unrichtig gewesen sei. Da ich annehme, dass dem Gericht diese, von der Anklage dem Angeklagten zum Vorwurf gemachten Stellen dem Gericht bekannt sind, glaube ich, dieselben nicht besonders zitieren zu duerfen. Ihnen sind sie ja auch bekannt und ich bitte Sie, dazu Stellung zu nehmen.

A: Der Vorwurf, dass der Inhalt dieser Antwort zum Teil unrichtig sei, ist begruendet. Aber der Grund dafuer ist eben der, dass ich gar keine anderen Informationen hatte, als die Mitteilung Hitler's und diese Mitteilung liegt dem Inhalt der Note zugrunde. Diese Mitteilung hatte ich ja an das Auswaertige Amt weitergegeben, dass ich seiner Zeit ohne Kenntnis der Dinge war und dementsprechend war der Entwurf zustande gekommen.

Ich moechte nochhinzufuegen, dass von einer Planung der Vorgaenge, die zum Anschluss Oesterreichs fuehrten, waehrend meiner Aussenministerzeit, nie die Rede gewesen war. Hitler hat ueberhaupt nie eine bestimmte aussenpolitische Planung gehabt, sondern ploetzlich gefasste Entschluesse in die Tat umgesetzt, sodass auch seine engsten Mitarbeiter, nur wenige Tage voraus, von diesen Entscheidungen Kenntnis hatten. Der Ausdruck "Anschluss Oesterreich", der hier immer gebraucht wird und der allgemein gebraucht wird, ist nicht identisch mit dem, was nachher geschehen ist, naemlich die Eingliederung Oesterreichs, und um diese Eingliederung Oesterreichs handelt es sich ja. Diese Eingliederung Oesterreichs ist eben von Hitler erst im letzten Moment, das heisst, sogar erst beim zweiten Einmarsch in Linz gefasst worden.

H0382 - 0032



Ferner ist noch ein Beweis, dass der Plan zum gewaltsamen Einmarsch in Oesterreich von ihm vorher nicht gefasst worden war, der Umstand, dass Hitler ausgerechnet seinen Aussenminister ein paar Tage vorher nach London, zur Erledigung von ein paar diplomatischen Formalitaeten, gesandt hatte.

Dr.von Luedinghausen:

Ich darf hierzu hinweisen, auf einen Auszug aus dem vorerwaehnten Buch des Botschafters Henderson "Failure of a Mission" und zwar traegt dieser Auszug in meinem Dokumentenbuch Nr.4, die Nr.129. Ich bitte auch hierueber das Gericht amtlich Kenntnis nehmen zu wollen.

Durch Dr. von Luedinghausen:

F: Sie haben nun waehrend der Oesterreichs-Krise, am Tage nach dem Einmarsch, am 12. Maerz, dem tschechischen Gesandten in Berlin eine Erklaerung ueber die Auswirkung der Massnahmen gegenueber Oesterreich, auch auf das Verhaeltnis zur Tschechoslowakei, abgegeben. Sie haben, nach einem Bericht, den der tschechische Gesandte in Berlin, Dr.Mastny, ueber diese Unterredung gegeben hat, erklaert, dass die deutsche Regierung keinerlei irgendwelche Schritte gegen die Tschechoslowakei beabsichtige, vielmehr durchaus beabsichtige, auch weiterhin den Schiedsvertrag mit der Tschechoslowakei aus den Zwanziger Jahren innezuhalten.

Wollen Sie bitte zu diesem Bericht, der sich unter Nr.141 in meinem Dokumentenbuch 5 befindet und der Ihnen bekannt ist, Stellung nehmen.

A: Es ist richtig, dass ich am 12.Maerz, Herrn Mastny gegenueber, die in seinem Bericht erwaehnten Aeusserungen gemacht habe. Nur war der Anlass und Verlauf des Gespraeches etwas anders, als er es schilderte.

Am 12. Maerz telefonierte mich der damalige Ministerialdirektor von Weizsaecker, in meiner Privatwohnung a, der tschechische Gesandte, Mastny, sei bei ihm und lasse anfragen, ob er mich noch im Laufe des Tages sprechen koenne. Ich bat dann Mastny, nachmittags in meine Wohnung zu kommen. Herr Mastny frug mich, ob ich glube, dass Hitler jetzt, d.h. im Zuge des oesterreichischen Anschlusses, auch gegen die Tschechoslowakei etwas unternehmen werde. Ich erwiderte ihm, er koenne beruhigt sein, Hitler habe mir erst am Abend vorher, auf meine Frage, auf meinen Hinweis, dass der Anschluss Oesterreichs in der Tschechoslowakei Beunruhigungen hervorrufen wuerde, erwidert, dass er nichts gegen die

H0382 – 0033



Tschechoslowakei zu unternehmen gedenke. Mastny frug mich dann weiter, ob danach Deutschland sich noch an das Abkommen, vom Jahre 1925, gebunden fuehle, was ich auf Grund der von Hitler mir gegebenen Antwort, mit guten Gewissen bejahte.Hitler hatte noch hinzugefuegt, er glaube, dass sich die Beziehungen zur Tschechoslowakei noch bedeutend bessern wuerden. Die Regelung des oesterreichischen Anschlusses sei eine hauusliche Angelegenheit. In dem Bericht des Herrn Mstny ist gesagt, ich haette im Auftrag von Hitler gesprochen. Das stimmt nicht, sondern ich habe ihn lediglich auf die frische Unterredung mit Hitler, verwiesen. Und die weitere Betonung in dem Bericht, dass ich als Praesident des Geheimen Kabinettsrates gesprochen haette, ist wohl nur eine Redewendung von Mastny gewesen, um seinen Bericht in dieser Frage mehr Gewicht zu geben.

F: Die Anklage konstruiert nun als eine gewisse Divergenz, zwischen dieser von Ihnen abgegebenen Erklaerung und den Plaenen, wie sie Hitler am 5. November 1935 entwickelt hatte und macht Ihnen zum Vorwurf, dass Sie, angesichts der Kenntnis dieser damals entwickelten Plaene, im gewissen Sinne gutglaeubig gewesen seien, wenn Sie eine beruhigende Erklaerung an Herrn Dr. Mastny abgegeben haetten ?

A: Aus dieser Besprechung war nur allgemein zu ersehen, dass Hitler sich mit Kriegsplaenen trug. Es war keineswegs von einem bestimmten Angriffsplan gegen die Tschechoslowakei die Rede, sondern nur davon, dass, falls es ueberhaupt zu einem Krieg kommen sollte, die Tschechoslowakei und Oesterreich zunaechst besetzt werden muessten, um die rechte Flanke frei zu halten. In welcher Form also dieser Angriff, oder ein Angriff auf die Tschechoslowakei ueberhaupt erfolgen sollte und ob es jemals zu einer kriegerischen Auseinandersetzung im Osten kaeme, das war durchaus zweifelhaft und offen. Tatsaechlich ist ja dann auch das Sudetenland, das strategisch die Schluesselposition der tschechischen Verteidigung bildete, auf Grund eines Abkommens mit den Westmaechten, auf friedlicher Weise abgetreten worden.

Konkrete Plaene fuer einen Krieg gegen di Tschechoslowakei sind, wie Herr Generaloberst Jodl ausgesagt hat, erst Ende Mai 1938, dem Generalstab zur Ausarbeitung uebergeben worden.

H0382 - 0034



Von ihrer Existenz habe ich erst hier erfahren. Im uebrigen musste ich auch, als Hitler mir sagte, er wuerde nichts gegen die Tschechoslowakei unternehmen, mich darauf verlassen, dass dies seiner Ansicht wirklich entsprach, dass er also von seiner, am 5. November 1937 geaeusserten Eventual-Idee wieder abgekommen war.

Nun, das ist mein Wissen, soweit es sich um die Tschechoslowakei handelte.

Vorsitzender: Wir vertagen uns nunmehr.

(Woraufhin sich das Gericht bis auf 14.00 Uhr des gleichen Tages vertagt.)

H0382 - 0035

NACHMITTAGSSITZUNG

Die Verhandlung beginnt 14.00 Uhr
24.6.1946

DURCH DR.LÜDINGHAUSEN:

F: Herr von Neurath, es ist in der Anklage erwähnt, eine Besprechung vom 28.Mai 1938, in der Hitler, von Ribbentrop, Goering und die Oberbefehlshaber der Weharmachtsteile anwesend waren und von der behauptet worden ist in dem Affidavit des Herrn Wiedemann, dass auch Sie dabei gewesen sind.

A: Ich kann mich überhaupt an keine solche Besprechung erinnern auch nicht an die von Wiedemann erwähnte Äusserung von Hitler.Im übrigen haben auch Keitel, Ribbentrop, Goering, Raeder von dieser ganzen Besprechung nichts gewusst. Vielleicht ist ein Irrtum oder eine Verwechslung mit der von Schmundt in seinen Aufzeichnungen angeführten Besprechungen vom 22.April oder 28.April 1938 eingetreten. Aber auch bei dieser war ich nicht zugegen, ich war überhaupt nicht in Berlin.

F: Sie hatten sich nun nach Ihrer Demission wieder völlig ins Privatleben zurückgezogen. Haben Sie sich nun bei der Sudetenkris im Herbst 1938 erst wieder aktiv betätigt und sich für eine friedliche Politik eingesetzt?

A: Ja, nach meinem Abschied im Februar 1938 lebte ich auf meinem Gut. Etwa am 26.September erhielt ich einen telefonischen Anruf von einem meiner früheren Ministerkollegen, Hitler habe die Wehrmacht angewiesen bis zum 28.September marschbereit zu sein. Anscheinend wolle er die Sudetenlandfrage mit Gewalt lösen. Ich möchte doch sofort nach Berlin kommen und versuchen Hitler von seiner Absicht abzubringen.

Ich fuhr noch in der Nacht nach Berlin, orientierte mich nach meiner Ankunft zunächst im Auswärtigen Amt über die Lage und meldete mich bei Hitler. Ich wurde abgewiesen. Trotzdem ging ich abe am 28. in die Reichskanzlei. Ich traf dort die ganze Umgebung Hitlers marschbereit. Auf meine Frage nach Hitler wurde mir erwidert

H0382 - 0036

er sei in seinem Zimmer, wo er aber niemand mehr empfängt. Ich ging trotzdem zur Tür und trat zu Hitler ein. Als er mich sah, fragte er mich im rauhen Ton:"Was wollen Sie eigentlich hier?" Ich erwiderte ihm, ich wolle ihn auf die Folgen seines beabsichtigten Schrittes aufmerksam machen. Ich setzte ihm auseinander, dass er den europäischen, wahrscheinlich den Weltkrieg heraufbeschwöre, wenn er mit in den noch schwebenden Verhandlungen über das Sudetenproblem in die Tschechoslowakei einmarschieren wird. Diese würde sich bestimmt wehren und es würde kein leichter Kampf sein und jedenfalls Frankreich, England und Polen auf den Plan rufen.

Es wäre von ihm ein nicht zu verantwortendes Verbrechen soviel Blut zu vergiessen, solange nicht alle Möglichkeiten einer friedlichen Regelung ausgeschöpft seien. Ich wüsste, dass Mr.Chamberlain bereit wäre, die Tschechoslowakei zur Abtretung des Sudetenlandes zu veranlassen, wenn dadurch der Krieg verhindert werden könnte.

VORSITZENDER: Einen Augenblick, wieso haben Sie gewusst, dass Mr. Chamberlein gewillt sein würde, zu kommen ?

DER ZEUGE: Dadurch, dass ich den englischen Botschafter auf der Strasse getroffen habe.

VORSITZENDER: Fahren Sie fort.

ZEUGE: (fortfahrend) Hitler wollte von dieser Konferenz nichts wissen. Während unserer Unterhaltung war aber auch Goering erschienen und unterstützte mich in meinen Bemühungen, Hitler zur Konferenz zu bewegen. Schliesslich willigte Hitler ein, wenn ich es erreichen könnte, dass Chamberlain, Daladier und Mussoline bis zum nächsten Tage in Berlin seien. Da dies für Mussoline unmöglich war, schlug ich München als Verhandlungsort vor. Ich setzte mich dann sofort mit dem englischen und französischen Botschafter, die beide auf dem Weg zu Hitler waren, in Verbindung. Hitler selbst telefonierte noch mit Mussolini direkt und bis 6 Uhr waren die Zusagen und Antworten da.

DR.LÜDINGHAUSEN: Ich darf das Gericht bitten hierzu von meinem Dokument Nummer 20 in meinem Dokumentenbuch Nummer 1 Seite 72 b einen Auszug aus dem oft zitierten Buch des Botschafters Henderson "Failure of a Mission" amtlich Kenntnis zu nehmen.

H0382-0037

DURCH DR.LÜDINGHAUSEN:

F: Haben Sie dann an der Münchener Konferenz, die im Anschluss hieran stattfand, persönlich teilgenommen?

A: ja, da ich bei der gereizten Stimmung Hitlers über den Verlauf der Konferenz in Sorge war , sagte ich ihm, ich würde es für zweckmässig halten, wenn ich auch nach München käme, da ich die auswärtigen Vertreter persönlich kenne und überhaupt auch als Vermittler dienen könnte. Als er zustimmte, lud mich Goering ein mit seinem Extrazug mitzufahren. Ich habe dann im Verlauf der langen Sitzung öfters mit den drei Personen und mit Hitler gesprochen und aufgetretene Differenzen zu vermitteln versucht. Mister Chamberlain bat mich am Schlusse dieser Besprechung, ich möchte ihm für den nächsten Tag eine Besprechung mit dem Führer allein ohne Ribbentrop vermitteln, da er noch einen Vorschlag machen möchte. Der Führer wollte zunächst nicht. Ich überredete ihn aber schliesslich doch dazu. In dieser Besprechung kam dann ein konstruktives Abkommen England-Deutschland zum Abschluss, dem sich Frankreich später anschloss. Chamberlain, mit dem ich im gleichen Hotel wohnte, zeigte mir dieses Abkommen nach der Besprechung mit grosser Freude und auch ich war sehr erfreut darüber, hoffte ich doch dadurch die englisch-deutschen Beziehungen, die durch die Zusammenkünfte in Godesberg und Berchtesgaden sehr gelitten hatten, wiederin normale Bahnen gebracht und den Weg zu weiteren Besprechungen freigemacht zu haben. Chamberlain lud mich, wie schon im Sommer 1937, zu einem Besuch nach England ein. Ich sagte ihm sofort, dass ich nicht glaubte, dass Hitler, der mir im Sommer 1937 die Reise nach England verboten hatte, jetzt die Genehmigung dazu geben würde, zumal da ich doch gar nicht mehr Aussenminister sei. Der englische Botschafter wiederholte dann im Januar 1938 nochmals die Einladung. Ich musste ihm aber mitteilen, dass ich keine Gelegenheit gehabt hätte, die Zustimmung Hitlers zu erhalten.

DR.LÜDINGHAUSEN: Herr Präsident, ich darf hierzu vorlegen das Dokument Nr.21 meines Dokumentenbuches. Es ist ein Brief des damalige französischen Botschafters Francois Poncet vom 18.Oktober 38, also wenige Wochen nach der Münchener Konferenz.

Ich darf aus demselben hier nur zwei Sätze zitieren: "Aber von uns beiden bin ich es, der die grössere Dankesschuld eingegangen ist. Ich habe bei Ihnen stets, auch in den heikelsten Situationen, die liebenswürdigste, nachsichtigste und vertrauensvollste Aufnahme gefunden. Sie haben mir eine schwierige Aufnahme leicht gemacht. Ich werde niemals vergessen, was ich Ihnen schulde."

Herr Präsident, ich darf dann weiter an dieser Stelle einen vor wenigen Tagen eingegangenen Brief des französischen Botschafters Poncet vorlegen, den ich schon im Anfang meiner Beweisführung mit der gleichen Bitte erwähnt hatte. Ich hatte gebeten, den französischen Botschafter als Zeugen zu laden und als Antwort hierauf ging ein Schreiben des Herrn Botschafters vom 7.Juni an die französische Anklagevertretung ein, deren Abschrift mir durch das Generalsekretariat in der vorigen Woche, ich glaube diesen Donnerstag oder Freitag übermittelt wurde.

Ich möchte an das Gericht die Bitte richten, dieses Schreiben des französischen Botschafters, trotzdem es nicht in der an sich vorgeschriebenen Form eines Affidavit abgefasst ist, sondern als Privatbrief, allerdings an die Anklagebehörde hier, es doch in gleicher Weise zu würdigen als wenn es in Form eines Affidavits abgefasst wäre. Das Original dieses Schreibens befindet sich im Besitz der französischen Anklagevertretung und die französische Anklagevertretung hat mir zugesagt, auf Anforderung des Gerichts das Original vorzulegen. Ich selbst erlaube mir die zugegangene Abschrift des Generalsekretariats in beglaubigter Abschrift zu überreichen.

VORSITZENDER: Das Originaldokument sollte jetzt dem Gericht vorgelegt werden oder sobald es möglich ist.

DR.LÜDINGHAUSEN: Die Anklagevertretung hat mir vorgestern gesagt, da ich mit dem Anklagevertreter gesprochen habe, sie hätte es im Moment nuch nicht hier. Ich weiss nicht wo sie es hat.Deshalb bat ich darum, dass es vorgelegt werde, sonst hätte ich es schon vorgelegt.

VORSITZENDER: Sehr gut. Es müsste aber sobald wie möglich vorgelegt werden. Sie wollen es doch als Beweis anbieten, nicht wahr?



H0382 - 0038

H0382 – 0039

DR.LÜDINGHAUSEN: Jawohl.

VORSITZENDER: Welche Nummer ist das ?

DR.LÜDINGHAUSEN: Ja, 162

VORISTZENDER: Ich nehme an, es ist kein Einwand erhoben worden?

SIR DAVID MAXWELL'FYFE: Nein, mein Lord!

DR.VON LÜDINGHAUSEN: Es heisst in diesem Brief -- wenn ich kurz eine Stelle wenigstens zitieren darf - -

VORSITZENDER: Sie haben ihm eine Nummer gegeben?

DR.VON LÜDINGHAUSEN: Nummer 162.

VORSITZENDER: Sehr gut, fahren Sie fort.

DR.VON LÜDINGHAUSEN: "Er verschärfte" , dass heisst Herr von Neurath verschärfte nie die Zwischenfälle, sondern suchte im Gegenteil nach persönlichen und friedlichen Lösungen. Er strengte sich an, den fremden diplomatischen Vertretern ihre Aufgabe in der deutschen Hauptstadt zu erleichtern und diese, darunter ich selbst, wussten, ihm Dank dafür. Ich bezweifle nicht, dass er häufig den Reichskanzler Hitler aufdie Gefahren aufmerksam machte, denen Deutsland durch die Exzesse seiner Regierung ausgesetzt war und dass er ihm die Stimme der Vorsicht und der Mässigung hören liess."(Ende des Zitats)

Ich komme nun zu einem anderen Gebiet und möchte folgendes vortragen:

DURCH DR.VON LÜDINGHAUSEN:

F: Aus von der Anklage vorgelegten Dokumenten ergibt sich, dass während Ihrer Amtszeit als Reichsaussenminister ein Vertreter des Auswärtigen Amtes an Sitzungen des Reichsverteidigungsausschusses teilgenommen hat und dass Sie selbst nach dem Reichsverteidigungsgesetz 1938 als Präsident des Geheimen Kabinetts, Mitglied des Reichsverteidigungsrates gewesen sind.

Wollen Sie sich dazu äussern?

A: Ich selbst bin weder als Reichsaussenminister noch als Präsident des Geheimen Kabinettrates mit Angelegenheiten des Reichsverteidigungsausschusses befasst worden, und habe auch niemals an irgendwelchen Sitzungen oder Besprechungen teilgenommen. Wie hier schon ausgeführt, hatten sämtliche Ministerien schon seit der Zeit

H0382 - 0040

vor 1933 sogenannte Reichsverteidigungsreferenten, die interministeriell bestimmte Fragen behandeln sollten, die sich aus einer eventuellen Mobilmachung im Falle der Führung eines Verteidigungskrieges ergeben sollten. Wie Dr.Schacht schon ausgesagt hat, war der Reichsverteidigungsrat von 1935 nichts anderes als die Legalisierung des schon vor 1933 bestehenden Aussusses.

F: Sahen Sie überhaupt in der Existenz eines solchen Ausschusses oder Rates für die Reichsverteidigung ein Zeichen für die Vorbereitung eines Angriffskrieges.

A: Nein, in keiner Weise. Es ergibt sich ja schon aus der Besprchung, dass es sich um eine Vorbereitung für die Verteidigung des Reiches gegen einen Angriff und nicht um die Vorbereitungen für einen Angriff handeln konnte. Im übrigen ist mir auch bekannt, dass sowohl in Frankreich als in England derartige Einrichtungen schon seit langem bestanden haben.

F: Ich darf hierzu, Herr Präsident, das Dokument Nr.78 aus meinem Dokumentenbuch Nr.3 vorlegen, das auf Seite 213 einen Auszug aus einer Erklärung des französischen Kriegsministers Petain vom 6.Juni 1934 vor der Heereskommission der französischen Kammer enthält und in dem auch die Notwendigkeit eines Verteidigungsrates oder Ausschusses dargetan wird.

VORSITZENDER: Einen Augenblick.

Das Gericht ist nicht der Meinung, dass für den Beweis die Tatsache, dass andere Länder andere Organisationen hatten, in diesem Falle erheblich sei.

V.LÜDINGHAUSEN: Die Anklage behauptet, dass Hitler Sie mit mehr Ehrungen ausgezeichnet habe, als einige der eigentlichen Naziführer und will daraus schliessen, dass Sie Hitler besonders nahe gestanden hätten. Wie verhält es sich damit?

A: Das ist eine etwas sonderbare Annahme. Es ist ja klar, dass Hitler mich als den ältesten Minister, der über 40 Jahre dem Staat gedient hat, bei der Verleihung von Auszeichnungen und Ehrentiteln nicht übergehen konnte. Dies hielt sich aber durchaus im Rahmen dessen, was für die Inhaber hoher Staatsstellungen üblich war.

H0382 - 0041

F: Ich möchte Ihnen jetzt die einzelnen Auszeichnungen vorhalten, die die Anklage Ihnen vorhält bezw. Ihnen vorwirft.

Sie waren Inhaber vom Orden des Deutschen Adlers und des Kriegsverdienstkreuzes 1.Klasse.

A: Ja. Der Orden vom Deutschen Adler wurde im Jahre 1937 gestifte und sollte ausschliesslich an Ausländer verliehen werden. In den Augen des Ausländes hätte er aber keinen hohen ideellen Wert gehabt, sondern wäre wohl mehr als eine Art von Sonder- oder wie zum Beispie Kolonialorden gewürdigt worden, wenn ihn kein Deutscher getragen hätte. Hitler hat deshalb mir in meiner Eigenschaft als Aussenminister gleich bei Stiftung des Ordens das Grosskreuz des Ordens verliehen und damit eine Hervorhebung dieses Ordens .....

VORSITZENDER: Dr. von Lüdinghausen, genügt es denn nicht, wenn der Angeklagte gesagt hat, dass es gebräuchlich sei, diese Titel zu verleihen. Wir brauchen doch nicht die Einzelheiten untersuchen, die Verdienste einer gewissen Auszeichnung. Das scheint mir etwas weit hergebracht zu sein.

DR.VON LÜDINGHAUSEN: Herr Präsident, ich habe es doch nur erwähnt. weil es in der Anklage doch auch nur als besonderer Punkt hingestell· wurde.

F: Die Anklage macht Ihnen dann ferner zum Vorwurf, dass Sie am 30.Januar 1937 in jener bekannten Kabinettsitzung von Hitler das Goldene Parteiabzeichen erhalten hätten und damit Mitglied der Nazipartei geworden seien. Wie verhält es sich damit?

A: Über die Art und Weise, wie diese Verleihung vor sich gegangen ist, hat sowohl Herr Dr.Schacht als Herr Raeder hier ausgesagt. Ich war ja nicht Mitglied irgendeiner Partei. Zwischen 1933 und 1937 hat ich verschiedene Aufforderungen bekommen, in die Partei einzutreten, habe sie aber abgelehnt. Meine Stellung zur Partei war allgemein bekannt. Deshalb gerade wurde ich ja von der Partei-Seite her immer angefeindet. Ich glaube, dass die Gründe, warum ich damals ..... wie diese Parteiabzeichen am 30.Januar 1937 an verschiedene Mitglieder des Kabinetts und auch an Generale verliehen wurden, die gar nic Mitglied der Partei werden durften, glaube ich, das ist eingehend genug geschildert, sodass ich darüber keine weiteren Ausführungen mehr

H0382-0042

zu machen brauche.

F: Hitler hat Sie dann überraschenderweise auch zum Ehrenobergruppenführer der SS ernannt?

A: Ja, das war für mich allerdings eine völlige Überraschung. Im September 1937 hatte Mussolini seinen Besuch in Deutschland angekündigt. In den letzten Tagen vorher war ich von Berlin abwesend. Als ich morgens zurückkam, fand ich meinen Schneider in meinem Hauseingang mit der Uniform eines SS-Gruppenführers. Ich fragt ihn, was das bedeuten solle. Er sagte mir, er habe von der Reichskanzlei den Auftrag bekommen, mir sofort eine Uniform anfertigen zu lassen. Ich ging dann zu Hitler und frug ihn, wie er dazu komme Er sagte mir, er möchte, dass alle die Leute, die beim Empfang Mussolinis anwesend sein müssten, in Uniform erscheinen. Ich habe ihm erklärt, das sei mir so wenig angenehm und ich musste ihm sofort erklären, dass ich mich auf keinen Fall, Herrn Himmler selbst unterstelle und überhaupt mit der SS nichts zu tun haben wolle. Hitler gab mir darauf die feierliche Zusicherung, dass dies alles nicht von mir verlangt werde und ich keinerlei Verpflichtung zu übernehmen brauche. Dies ist dann auch weiterhin nicht geschehen. Ich hatte im übrigen ja keinerlei Befehlsgewalt und meine spätere Ernennung zum Obergruppenführer erfolgte offenbar im Rahmen der allgemeinen Beförderungen ohne besondere Hervorhebung.

F: Haben Sie denn diese Uniform überhaupt getragen?

A: Meines Erinnerns nach nur zwei Mal, beim Empfang Mussolinis und dann, als ich im Jahre 1938 zu dem Begräbnis Kemal Paschas nach Ankara geschickt wurde. Getragen habe ich bei offiziellen Anlässen stets die inzwischen geschaffene Beamtenuniform ohne jedes Abzeichen.

F: Sie haben zu Ihrem 7o. Geburtstag am 2.Februar 1943 Glückwünsche und sonstige Bezeugungen der Würdigung Ihrer Person und Ihrer Tätigkeit von den verschiedensten Seiten erhalten, darunter befand sich auch eine Gratualtion Hitlers nebst einem Scheck über 25o.ooo Reichsmark. Wollen Sie uns bitte schildern, was es mit dieser Donation, wenn man es so nennen will, für eine Bewandtnis hat.

H0382-0043

A: Diese Donation ist kürzlich von dem amerikanischen Anklagevertreter hier genannt worden. Er hat lediglich vergessen zu sagen, dass ich sie abgelehnt haben. Der Vorgang war nämlich folgender; An meinem 7o. Geburtstag erschien morgens ein Beauftragter Hitlers bei mir und brachte mir ein Glückwunschschreiben Hitlers und ein Oelgemälde eines deutschen Malers, darstellend eine italienische Landschaft. Dem Schreiben war ein Scheck über 25o.ooo Reichmark beigefügt. Ich war aufs peinlichste überrascht und sagte zu dem Beauftragten sofort, diese sogenannte Donation empfinde ich als eine Beleidigung. Ich bin kein Lakai, den man mit einem Trinkgeld entlohnt, er solle den Scheck wieder mitnehmen. Er erklärte, dazu sei er nicht berechtigt. Am anderen Morgen fuhr ich zum Reichsfinanzminister, um diesem den Scheck zur Vereinnahmung in die Reichskasse zu übergeben. Dieser erklärte sich aus formalen Gründen - ich glaube, weil die Anweisung auf irgendeinen Sonderfond Hitlers lautete - ausserstande, ihn anzunehmen. Auf seinen Rat habe ich dann den Scheck der Reichskreditgesellschaft übergeben auf ein Sonderkonto und habe das zuständige Finanzamt schriftlich davon verständigt. Ich habe nie einen Pfennig von dieser Donation berührt. Das Gemälde, dessen Wert übrigens kein besonders grosser war, habe ich nicht zurückgewiesen, da es sich durchaus im Rahmen eines normalen Geburtstagsgeschenkes hielt und seine Rücksendung als eine beabsichtigte Kränkung hätte empfunden werden müssen.

F: Herr Präsident, ich bitte um die Erlaubnis, hierzu zwei Schreben der Reichskreditgesellschaft überreichen zu dürfen, die mir am Samstag auf meine diesbezügliche Bitte oder Anfrage von der Reichskreditgesellschaft zugeschickt worden sind. Sie enthalten die Bestätigung, dass dieser Betrag von 25o.ooo Reichsmark in Effekten in voller Höhe zuzüglich der aufgerufenen Zinsen noch heute bei der Reichskreditgesellschaft auf einem Sonderkonto sich befindet, ein Beweis dafür, dass von Neurath tatsächlich nicht einen Pfennig von dieser sogenannten Donation abgehoben oder sonst für sich verbrauch hat.

VORSITZENDER: Was ist die Beweisstücknummer von diesem Schreiben?

H0382 - 0044



V.LÜDINGHAUSEN: Nr. 160 und 161,

Herr Präsident, ich habe in der Schnelligkeit nur eine englische Übersetzung anfertigen lassen können in meinem Büro. Die französischen und russischen Übersetzungen werden in den nächsten Tagen wohl den französischen und russischen Anklagevertretungen zugehen. Ich habe sie selbst erst Samstag-Nachmittag bekommen.

F: Die Anklage macht Ihnen weiter noch zum Vorwurf, dass Sie in den konservativen Kreisen Deutschlands als eine Art Angehöriger einer Fünften Kolonne angehört hätten, um sie zu veranlassen, auch ihrerseits dem nationalsozialistischen Regime zuzustimmen, weil Ihr Verbleiben in der Regierung

H0382 – 0045



als Beispiel angesehen würde. Wollen Sie sich dazu bitte äussern?

A: Diese Behauptung ist schon deswegen ein Unsinn, weil in ganz Deutschland bekannt war und übrigens auch im Ausland, dass ich eben kein Nationalsozialist war, vielmehr die nationalsozialistischen Excesse gegen die Kirche und gegen die Juden und anderes bekämpfte und ausserdem jede, den Frieden gefährdende Politik verhinderte. Das zeigte sich deutlich bei meiner Entlassung im Februar 1938, wobei das allgemeine Erschrecken nur deshalb in der Deutschen Presse nicht zum Ausdruck kam und in der Öffentlichkeit, weil hiefür keine Presse zur Verfügung stand. Es ist deshalb gänzlich unsinnig, dass diese Kreise, die konservativen Kreise, angenommen hätten, ich stehe mit ganzem Herzen bei den Nazis wie es in der Anklage oft heisst. Das Ausland wusste das ebenso gut und sah in mir eben den Hemmschuh gege die Nazipartei. Dass ich nicht als blinder Anhänger der Nazitheorie, wie es dort heisst in der Anklageschrift, angesehen wurde, das wussten am besten die fremden Diplomaten in Berlin, die meine dauernden Kämpfe mit der Partei aus der Nähe beobachten konnten.

F: Ich darf hierzu vorlegen einen Auszug aus der Zeit, Archiv Nummer 127 und weiter den Auszug aus einem Artikel des "Pestor Lloyd", wenn ich nicht irre mit einer Ansprache, die der damalige Dekan des Berliner Diplomatischen Korps im Namen des gesamten diplomatischen Korps an Herrn von Neurath bei dessen 65. Geburtstag am 2. Februar 1938 gehalten hat. Beide Dokumente sind noch in meinem Dokumentenbuch Nr. 4 unter 127 und in meinem Dokumentenbuch Nr. 1 unter Nr. 18.

So, damit habe ich den aussenpolitischen Teil und die persönlichen Momente in der Anklage gegen von Neurath behandelt.

Ich komme nun zu dem zweiten Komplex der Anklage, nämlich Ihre Tätigkeit als Reichsprotektor von Böhmen und Mähren.

Nach der Überwindung der sudetendeutschen Krise hatten Sie sich wohl aus dem politischen Leben völlig zurückgezogen. Ist das richtig?

A: Ja. Ich war überhaupt nur selten in Berlin und meistens auf meinem Gut in Württemberg oder im Gebirge.

H0382-0046



F: Waren Sie im September 1938 in Berlin und hätten Sie irgendeine Kenntnis von Plänen Hitlers für einen Einfall in die Tschechoslovakei?

A: Sie meinen wohl im Spätwinter 1938?

F: Im Spätwinter.

A: Nein, ich hielt mich völlig zurück. Die Streitfragen zwischen uns und der Tschechoslovakei ...

VORSITZENDER: Die Übersetzung ist durchgekommen: September 1939.

DR. LÜDINGHAUSEN: Das ist von mir, Herr Präsident, im Spätwinter.

VORSITZENDER: 1938?

DR.V.LÜDINGHAUSEN: 1939.

V.NEURATH: 1938/39?

V.LÜDINGHAUSEN: Spätherbst 1939.

V.NEURATH: Die Streitfragen zwischen uns und der Tschechoslovakei, die Behandlung der Sudetendeutschen durch die Tschechen, waren durch die Abtrennung des Sudetenlandes beseitigt. Der Weg zu einer freundschaftlichen Zusammenarbeit vielmehr geebnet. Einer der Gefahrenherde für den europäischen Frieden war ausgerottet.

F: Es kam nun zu jener berühmten Auseinandersetzung zwischen Hitler und dem Präsidenten der tschechischen Republick Hacha in der Nacht zum 15. März 1939 in Berlin. Diese Unterredung ist ja hier schon verhandelt worden und ich glaube, ich brauche nicht auf deren Inhalt näher einzugehen. Ihnen ist sie jedenfalls bekannt.

Ich möchte Sie dazu fragen, kannten Sie diese geschilderten Vorgänge, wie sie vor allem in dem Protokoll PS 2798 enthalten sind?

A: Nein, ich kannte sie nicht, und erfuhr erst viel später davon. Von den Aufzeichnungen des Herrn Hebel habe ich erst hier Kenntnis bekommen. Aber ich habe diese Vorgänge, nachdem ich sie erfahren hatte, aufs Schärfste missbilligt und hätte das Amt als Reichsprotektor auf keinen Fall übernommen, wenn mir diese Zusammenhänge damals bekannt gewesen wären. Durch die Vorgänge im März 1939 wurde ich völlig überrascht. Ausser den politischen Informationen bekam ich, wie ich bereits gesagt habe, keine anderen mehr. Ich war auf das Radio und die Zeitung angewiesen. Die Vorbereitung zum Angriff

H0382 - 0047



auf die Tschechoslovakei im Jahre 1938 hielt ich nach dem Münchener Abkommen für erledigt. Von dem Besuch Hachas in Berlin erhielt ich wie jeder andere Deutsche durch Radio und Zeitung am anderen Morgen Kenntnis. Die offizielle Erklärung für die Übernahme des Schutzes der restlichen Tschechei erschien mir nicht unwahrscheinlich, nachdem die Tscheckoslovaken sich unabhängig gemacht hatten und ich erfahren hatte, dass der tschechische Aussenminister Maikowsky sich im Laufe des Winters 1939/39 in Berlin sich dahin ausgesprochen hatte, dass die Tschechen ihre bisherige Politik völlig ändern und dringend engeren Anschluss an Deutschland suchen mussten. Immerhin hatte ich Sorge, wie sich die Signaturmächte von München zu dieser Entwicklung stellen würden, die im Gegensatz stand zu den Abmachungen, die in München getroffen waren. Meine erste Frage an Hitler war, als ich auf seinen Wunsch nach Wien gekommen war, nämlich, ob England und Frankreich nicht vorher verständigt worden seien und ihre Zustimmung gegeben hätten. Als er dies verneinte und sagte, das sei auch ganz unnötig, denn die tschechische Regierung habe auch selbst um die Übernahme des Schutzes gebeten, war ich mir über das Gefährliche der Situation sofort klar und sagte das auch Hitler. Immerhin glaubte ich damals noch, dass tatsächlich ein freier Entschluss der tschechischen Regierung vorgelegen hätte. Das Ersuchen Hitlers, den Posten als Reichsprotektor zu übernehmen, kam mir ganz überraschend, umsomehr, als ich erfahren hatte, dass er mein spontanes Eingreifen im September 1938, das zum Zustandekommen der Münchener Konferenz geführt hat, schwer übelgenommen hat. Ich hatte Bedenken, das Amt anzunehmen, wie ich Hitler gegenüber auch zum Ausdruck brachte. Ich war mir klar darüber, dass der Einmarsch in die Tschechei mindestens eine heftige Brüskierung der Signaturmächte und des Münchener Abkommens darstellt, selbst wenn Hacha freiwillig ohne Zwang um Übernahme des Schutzes gebeten hat. Es war mir aber ferner klar, dass jede Verschärfung der Lage etwa durch schlechte Behandlung der Tschechen eine unmittelbare Kriegsgefahr heraufbeschwöre. Die Geduld Englands und Frankreichs musste ja erschöpft sein. Auch das habe ich Hitler vorgehalten. Hitler erwiderte, dass das gerade der Grund sei, wes-

H0382-0048

halb er mich bitte den Posten zu übernehmen, um zu zeigen, dass er keine tschechen-feindliche Politik treiben wolle. Ich sei im Ausland allgemein als ruhig und gemässigt bekannt und er werde mich mit den weitgehendsten Vollmachten versehen, um allen Ausschreitungen, speziell der sudetendeutschen Elemente entgegen treten zu können. Als ich trotzden noch zögerte und sagte, ich kenne die tschechischen Verhältnisse nicht, ich sei auch kein Verwaltungsmann, sagte er, ich solle es doch einmal versuchen und es könne ja jederzeit geändert werden. Er gab mir als Kenner der Verhältnisse 2 erfahrene Leute mit. Dass die schon damals erfolgte Nichtunterstellung der gesamten Polizei und SS mir praktisch jede Möglichkeit nahm, die Gewaltherrschaft Himmlers und seiner Organe zu verhindern, übersah ich damals nicht.

Ich kann aber nicht umhin darauf hinzuweisen, dass eine grosse Schuld für die Weiterentwicklung der Dinge die übrigen Mächte, besonders die Signatur-Mächte von München trifft. Anstatt papierene Proteste zu schicken, hatte ich erwartet, dass sie zumindestens ihre Botschafter abberufen würden. Dann wäre vielleicht die Spannung für den Moment vergrössert worden, das deutsche Volk hätte aber den Ernst der Lage erkannt und Hitler hätte von weiteren Aggressionen Abstand genommen und der Krieg hätte verhindert werden können.

F: Die Anklage beschuldigt Sie auch dieses neue Amt deshalb übernommen zu haben, damit unter Missbrauch Ihres menschlichen und diplomatischen Rufes der Welt vorgetäuscht wurde, die Tschechen würden massvoll behandelt werden, während das Gegenteil der Fall sein sollte. Wollen Sie sich auch darüber kurz äussern?

A: Das ist absolut falsch. Hitler sagte mir damals, ich sollte versuchen, die Tschechen mit dem neuen Zustand zu versöhnen und die durch die jahrelangen Nationalitäten Kämpfe und die durch die Unterdrückungs-Methoden hasserfüllte deutsche Bevölkerung vor Ausschreitungen zurückhalten.

F: Was für Zusicherungen hat Hitler Ihnen für Ihr Amt mitgegeben?

A: Er sicherte mir zu, dass er meine Tätigkeit im Sinne des ge-

H0382 – 0049



rechten Ausgleiches der nationalen Gegensätze und eine Gewinnung der Tschechen durch eine versöhnliche und massgebende Politik jederzeit und in jeder Weise unterstützen werde. Im besonderen würde er meine Amtsführung vor allen Übergriffen politischer Radikalisten und vor allem auch der SS und der Polizei sowie der Sudetendeutschen schützen, worauf ich als Gefahr besonders hingewiesen hatte.

F: Waren Sie damals überzeugt davon, dass Hitler es mit diesen Zusicherungen einer humanen Behandlung der Tschechen ernsthaft und ehrlich gemeint hat?

A: Ja, ich hatte durchaus diesen Eindruck.

F: Und Sie glaubten auch, dass er die Ihnen gemachten Zusicherungen halten würde?

A: Ja.

F: Kannten Sie damals schon oder wussten Sie damals schon von irgendwelchen Plänen oder auch nur Absichten über eine Zwangs-Germanisierung der Tschechen?

A: Nein, das war mir völlig unbekannt. Ich hätte das auch für einen solchen Unsinn gehalten, dass ich nicht angenommen hätte, dass jemand auf einen solchen Gedanken kommen könnte.

F: Glauben Sie auch heute noch, dass Hitler's damalige Zusicherungen und geäusserten Absichten ehrlich gemeint waren und dass sie nicht nur durch die weitere Entwicklung illusorisch gemacht wurden?

A: Ja, damals waren sie sicher ehrlich gemeint.

DR. V. LÜDINGHAUSEN: Ich darf hierzu auf ein Dokument, das sich in meinem Dokumentenbuch Nr. 5 unter Nr. 142 befindet, hinweisen und das einen Auszug aus Henderson's "Failure of a Mission" enthält. Ich darf das Gericht bitten, hiervon amtliche Kenntnis zu nehmen.

DURCH DR. V. LÜDINGHAUSEN:

F: Die Anklage macht Ihnen nun aus der damaligen Zeit den Abschluss des deutsch-tschechischen Vertrages vom März 1939 über die Selbstständigmachung der Tschechoslowakei zum Vorwurf.

Haben Sie bei dem Zustandekommen dieses Vertrages überhaupt bei der Autonomie-Erklärung der Slowakei mitgewirkt?

H0382 - 0050



A: Nein, ich erfuhr von der Autonomie-Erklärung der Slowakei und von allen Vorgängen vorher überhaupt erst, nachdem es veröffentlicht worden war.

F: Welches waren nun die Grundzüge Ihres Programmes für Ihre Amtsführung in Prag?

A: Es war mir ganz klar, dass eine Aussöhnung des tschechischen Volkes mit den neu geschaffenen Verhältnissen nur ganz allmählich erfolgen könne und zwar durch möglichste Schonung der völkischen Gefühle und ohne radikale Massnahmen. Das würde unter günstigen Umständen mehrere Generationen gebraucht haben.

Ich versuchte also eine allmähliche Eingliederung und Abschwächung der bisherigen feindlichen Politik.

DR. V. LÜDINGHAUSEN: Ichdarf hierzu auf das Dokument Nr. 143 meines Dokumentenbuches Nr. 5 hinweisen. Dieses Dokument ist die Wiedergabe eines Aufsatzes, den Herr von Neurath über die Zielsetzungen seiner Amtsführung in Prag in der europäischen Revue, Ende März 1939 veröffentlicht hat und ich darf bitten, das Gericht möge hiervon amtliche Kenntnis nehmen.

Aus ihr ergibt sich ganz klar, mit welchen Absichten und mit welcher Tendenz Herr von Neurath damals sein Amt übernommen und angetreten hat.

DURCH DR. V. LÜDINGHAUSEN:

F: Wie waren nun die Verhältnisse, die Sie bei Ihrem Amtsantritt im April in Prag vorfanden?

A: Die Tschechen waren allgemein desillusioniert durch das Verhalten ihrer früheren Bundesgenossen im Herbst 1938 und schienen zu einem grossen Teil loyal und zur Mitarbeit bereit. Der Einfluss anti-tschechischer und sudetendeutscher Kreise, die von Himmler und der SS unterstützt wurden, war aber beträchtlich. Dieser Einfluss personifizierte sich vor allem in dem sudetendeutschen Führer Karl Hermann Frank, der auf Betreiben Himmler's zu meinem Staatssekretär ernannt worden war. Ich hatte mit ihm von Anfang an die grössten Schwierigkeiten, weil er eine völlig entgegengesetzte Politik den Tschechen gegenüber vertrat.

H0382 - 0051



Die Behörde des Reichsprotektors selbst war noch im Aufbau. Leiter der Verwaltung war ein erfahrener Verwaltungs-Beamter, der hier als Zeuge vernommene Staatssekretär von Burgsdorf. Unter ihm standen die einzelnen Fachabteilungen, die unmittelbar von den Berliner Ministerien aufgebaut wurden. In der Landesverwaltung wurden für jeweils tschechische Kreise deutsche Oberlandräte als Aufsichts-Beamte eingesetzt, sie wurden vom Reichsinnenministerium berufen.

F: Wem unterstand denn nun die Polizei?

A: Die Polizei war eine völlig von mir unabhängige Behörde und unterstand direkt dem Reichsführer-SS und Chef der deutschen Polizei, also Himmler.

Himmler ernannte zum höheren SS= und Polizeiführer meinen eigenen Staatssekretär Frank, der auf diese Weise eine Doppelstellung hatte. Dem Frank unterstellt war, war der Befehlshaber der Sicherheitspolizei. Sämtliche Polizeimassnahmen wurden von Frank oder unmittelbar von Himmler und dem Reichssicherheitshauptamt getroffen, ohne dass ich um meine Zustimmung gefragt oder auch nur vorher unterrichtet worden wäre. Daraus ergab sich der grösste Teil der Schwierigkeiten, mit denen ich in Prag dauernd zu kämpfen hatte.

F: Die Darstellung hierzu oder die Behandlung der Stellung der Polizei in dem tschechoslowakischen Bericht, das unter USSR-60 seitens der Anklagebehörde vorgelegt worden ist, stellt die Dinge etwas anders dar. Bleiben Sie bei Ihrer Darstellung, die Sie eben gegeben haben?

A: Ja, durchaus.

F: Es war also so, dass Sie überhaupt von Polizeimassnahmen nur nachträglich unterrichtet, nicht aber vorher um Ihre Zustimmung ersucht wurden?

A: Ja und auch die nachträgliche Unterrichtung war nur ganz sporadisch. Ich habe häufig erst durch die tschechische Regierung und durch Privatpersonen Vorfälle erfahren, von denen ich auch nachträglich von der Polizei nichts gehört hatte und musste dann erst bei Frank nachfragen.

DR. V. LÜDINGHAUSEN: Ich weise hierzu, Herr Präsident, auf die

H0382 - 0052

Verordnung vom 1. September 1939 hin, die ich im Wortlaut als Nr. 149 in meinem Dokumentenbuch Nr. 5 vorgelegt habe und ich möchte zu dieser ausdrücklich auf folgendes hinweisen: Diese Verordnung zerfällt in zwei völlig voneinander getrennte Abschnitte, nämlich Teil 1, der den Aufbau der Verwaltung unter dem Reichsprotektor betrifft und den Teil 2, der völlig getrennt davon den Aufbau der deutschen Sicherheitspolizei enthält, und der dem Reichsführer-SS und Chef der deutschen Polizei direkt unterstand. Schon diese äussere Form der Verfügung, dieses Voneinanderhalten dieser zwei getrennten Verwaltungszweige, wenn ich so sagen darf, beweist, dass die Unterstellung der Polizei und der Polizeigewalt nur unter Himmler, beziehungsweise der Berliner Behörde erfolgte und, dass schon dadurch zum Ausdruck gebracht wurde, dass der Reichsprotektor auf sie keinen Einfluss ausüben konnte. Darin liegt ja die grosse Tragik Herrn v. Neurath's als Reichsprotektor; denn unwillkürlich werden ihm Dinge zur Last gelegt, für die er nie und nimmer die Verantwortung übernehmen kann und auch nie übernommen hat. Die Anklage weist nun besonders auf Paragraph 13 dieser Verordnung hin, wo von Verwaltungsmassnahmen die Rede ist, nach denen der Reichsprotektor und der Reichsführer-SS im Einvernehmen mit dem Ersteren die zur Aufrechterhaltung der öffentlichen Sicherung und Ordnung im Protektorat erforderlichen Verwaltungsmassnahmen, auch ausserhalb der hierfür bestimmten Grenzen treffen könne. Was hat es damit für eine Bewandtnis?

A: Was in dieser Vorschrift unter Verwaltungsmassnahmen zu verstehen ist, weiss ich nicht und sie scheint mir eine sehr allgemeine gefasste Befugnis zu sein, die sich vermutlich auf den Erlass allgemeiner Vorschriften bezieht. Jedenfalls ist von dieser Befugnis, solange

H0382 - 0053



ich in Prag war, weder von mir noch vom Reichsfuehrer-SS Gebrauch gemacht worden. Die Verhaftungen erfolgten saemtlich, ohne mich vorher zu orientieren, aufgrund des eben verlesenen Paragraphen 11 der Verordnung, der mir die Polizei im Protektorat in keiner Weise unterstellte.

F: War Ihnen von Hitler in Wien nicht zugesichert worden, Sie sollten die volle Exekuti ve im Protektorat erhalten, also auch die Polizei ?

A: Nein, ich habe das schon erwaehnt.

F: Haben Sie versucht, diesen Zustand zu aendern und von Hitler die Unterstellung auch der Polizei oder doch wenigstens einen Einfluss auf die Polizei zu bekommen ?

A: Ja, ich bin immer wieder im Zusammenhang mit den sich wiederholenden Ausschreitungen und Uebergriffen der Polizei bei Hitler vorstellig geworden. Er sagte mir auch mehrfach eine Ueberpruefung dieser Verhaeltnisse zu. Es aenderte sich aber nichts. Der Einfluss Himmlers, der das Gebiet der Polizei im ganzen Reich als seine alleinige Domaene ansah, der war zu maechtig.

F: Der technische Bericht, der der Anklage zugrunde liegt, macht nun fuer die Terrorakte der Gestapo, ausser dem Polizeichef auch den jeweils amtierenden Reichsprotektor, also bis September 1941 auch Sie, verantwortlich. Erkennen Sie aufgrund Ihrer eben gemachten Aussagen eine solche Verantwortlichkeit in irgend einem Umfange an ?

A: Nein, das muss ich ganz entschiedenablehnen. Ich habe ja schon ausgefuehrt, wie die tatsaechlichen Verhaeltnisse lagen und ich keinerlei Einfluss hatte.

F: Ich darf in diesem Zusammenhang zwei oder drei Saetze aus dem Dokument Nr. 153 meines Dokumentenbuches V zitieren, das ein Protokoll darstellt, aus der Vernehmung des frueheren Staatssekretaers Frank durch die Tschechoslowakische Delegation am 30. Mai 1945. In diesem Protokoll heisst es als Aussage von Frank: "Weder der Reichsprotektor noch ich selbst waren fuer die Taetigkeit der Polizei verantwortlich. Die hoechste Verantwortung lag bei Heinrich Himmler als Chef der deutschen Polizei. Die Gestapo bekam ihre Instruktionen direkt von Berlin entweder von Hitler selbst oder vom Reichssicherheitshauptamt.

Konnten Sie denn nun durch Ihre Anwesenheit in Prag tatsaechlich in der Praxis etwas tun, um wenigstens die schlimmsten Gewaltmassnahmen der Polizei, beziehungsweise der Gestapo, abzumildern oder wenigstens nachtraeglich die groessten Haerten zu mildern ? Geben Sie uns doch eine Darstellung vonder Art, wie Sie sich einschalteten und wie Sie auf Frank in diesen Dingen einzuwirken versuchten.

H0382-0054



A: Es kamen dauernd Gesuche des Praesidenten Hacha der tschechischen Regierung und von privater Seite an mich. Mein Buero hatte sich zum groessten Teil gerade mit der Bearbeitung dieser Faelle zu beschaeftigen. Ich liess mir jedes Gesuch persoenlich vortragen und habe in allen Faellen, bei denen eine Intervention irgendwie vertretbar war, von Frank oder dem Befehlshaber der Sicherheitspolizei Vortrag halten lassen und auch besonders zugunsten einer Entlassung der Verhafteten eingewirkt. Es war aber ein unnatuerlicher Kampf mit Frank und der Polizei, der aber doch in vielen Faellen erfolgreich war. Im Laufe der Zeit sind auf meine Einschaltung viele Hunderte von Verhafteten entlassen worden. Ausserdem erfolgten zahlreiche Haftererleichterungen hinsichtlich des Postverkehrs, Lebensmittelsendungen und aehnlichem.

F: Haben Sie nicht auch bland nach Ihrer Amtsuebernahme verhindert, dass die in Prag verbliebenen Angehoerigen der in das Ausland geflohenen Minister Netschas und Feierabend verhaftet oder zu sogenannten Suehnemassnahmen herangezogen wurden ?

A: Ja, das ist richtig. Frank hatte die Verhaftungen der Familienangehoerigen dieser beiden Minister angeordent. Als ich davon erfuhr, habe ich ihn veranlasst, davon Abstand zu nehmen.

Dr. v. Luedinghausen: Herr Praesident, darf ich mir vielleicht eine Anregung erlauben, die Pause jetzt einzuschalten, weil ein gewisser Abschnitt jetzt zu Ende ist und ich zu Einzelfragen komme ?

Vorsitzender: Sehr wohl.

(woraufhin sich das Gericht zurueckzieht)

Durch Dr. v. Luedinghausen:

F: Ich moechte nun zunaechst zu einzelnen Polizei-Massnahmen uebergehen, fuer die Sie von der Anklage mehr oder weniger verantwortlich gemacht werden.
Sind im Sommer 1939 bereits viele Verhaftungen von Angehoerigen der Tschechoslowakei vorgekommen ?

A: Nein. Die Aktivitaet der Polizei im Sommer 1939 war gering und ich habe gehofft, dass die Polizeimassnahmen sich immer mehr einschraenken lassen wuerden.

F: Die tschechische Anklage legt als Anhang 6 zu USSR-60 in dem Zusatz 1 eine Proklamation vor, die Sie als Reichsprotektor im August 1939, also unmittelbar vor Ausbruch des Krieges, zur Warnung der Bevoelkerung des Protektorats vor Sabotage-Akten erlassen hatten. Ich lasse Ihnen diese Proklamation jetzt vorlegen.

(Das Dokument wird dem Angeklagten ueberreicht.)

H0382 – 0055



Ich bitte Sie, sich zu derselben zu aeussern,

Dieses Appendix befindet sich in dem Dokument USSR-60 als Anlage 1. Das, was ich dem Angeklagten eben vorlegen lasse, diese Proklamation, besagt Folgendes, - wenn ich sie im wichtigsten Wortlaut mit Erlaubnis des Gerichts jetzt vorlesen darf:

"Jede Handlung von Sabotage gegen die Interesse des Grossdeutschen Reiches, gegen die deutsche Verwaltung in Protektorat und gegen die deutsche Wehrmacht wird mit unnachsichtlicher Strenge verfolgt und mit den haertesten Strafen geahndet werden. Als Sabotage im Sinne von Absatz 1 verstehen sich alle Stoerungen des oeffentliche und wirtschaftlichen Lebens, insbesondere Beschaedigungen lebenswichtiger Einrichtungen wie Eisenbahn, Telephon usw., Verkehrsanlagen, Wasserwerde, Elektrizitaetswerke, Gaswerke und Fabriken, ebenso Ansammlungen von Verbrauchsguetern, Preiserhoehung und Geruechteverbreitung in Wort oder Schrift.

3) Die Bevoelkerung hat alle besonderen Anordnungen der im Protektorat arbeitenden Reichsorgane, soweit solche bereits veroeffentlicht sind oder spaeter herausgegebe werden, zu befolgen. Zuwiderhandlungeund Gehorsamsverweigerung gegenueber den Organen des Reiches werden als Sabotage betrachtet und entsprechend bestraft.

Die Verantwortung fuer alle Handlungen der Sabotage fallen nicht nur auf den jeweiligen Taeter, sondern auf die gesamte tschechische Bevölkerung zurueck.

Ich erwarte unbedingt, dass sich die tschechische Bevoelkerung durch loyales, friedfertiges und ruhiges Verhalten der Autonomie wuerdig erweisen wird, die der Fuehrer den Laendern Boehmen und Maehren garantiert hat."

Darf ich Sie bitten, sich dazu zu aeussern ?

A: Ich kann mir eigentlich nicht vorstellen, unter welchen Gesichtspunkten mir der Erlass dieser oeffentlichen Warnung vor Sabotage-Akten zum Vorwurf gemacht werden kann. Es war in dieser Zeit hoechster politischer Spannung selbst zu befuerchten, dass radikale Elemente die Lage ausnuetzen wuerden, um Sabotage-Akte zu begehen, durch die die oeffentlichen Dienste beeintraechtigt werden koennten.

Dies waere auch meines Erachtens in keinem Staate in einem solchen Zeitpunkt ohne harte Strafen geduldet worden. Durch diese Warnung sollte versucht werden, jeden Anreiz zur Begehung von Sabotage-Akten zu vermeiden. Sie hat uebrigens auch, soweit ich mich erinnere, in diesem Sinne gewirkt, und es sind damals praktisch keine Sabotage-Akte vorgekommen.

Eine Androhung besonderer Strafen enthaelt diese Warnung im uebrigen gar nicht, sondern nur die Bezugnahme auf vorhandene, harte Strafbedingungen.

H0382-0056



F: Kurz nach Veroeffentlichung dieser Bekanntmachung brach nun der Krieg aus. Wie war Ihre Einstellung zu diesem Kriege ?

A: Ich habe diesen Krieg fuer die groesste Dummheit gehalten, weil ich aufgrund meiner Kenntnisse der englischen Psyche und Politik ueberzeugt war, dass England sein den Polen gegebenes Versprechen halten wuerde und dass dadurch auch der Krieg gegen England und Frankreich entfessekt wird, in dem die Vereinigten Staaten mit ihrer ungeheueren Produktionskapazitaet hinter diesen Maechten stehen wuerden. Letzteres war fuer mich aus den ganzen, dem Krieg vorausgehenden Erklaerungen des Praesidenten Roosevelt ganz unzweifelhaft. Ich habe die leichtfertige Entfesselung dieses Krieges aber auch aus meiner ethischen Einstellung meiner Weltanschauung abgelehnt und verurteilt.

F: Aus welchen Motiven sind Sie dann doch weiter in Ihrem Amte verblieben, statt es niederzulegen ?

A: Ich sagte mir, dass im Kriege einerseits die Tschechen versuchen werden, wenn nicht die deutsche Herrschaft wieder abzuwerfen, so doch die militaerischen Massnahmen der deutschen Armee, soweit sie sich im Protektorat abspielten, offen oder im geheimen durch Aufstaende, Sabotage-Akte und dergleichen zu stoeren und dass andererseits dann dadurch im deutschen Volk die schaerfsten Massnahmen gegen die Bevoelkerung ausgeloest wuerden und die Polizei veranlassen wuerde, vor allem die Gestapo, mit aller Art von Terror vorzugehen. Beidem wollte ich durch mein Verbleiben im Amte vorbeugen und eine Verschaerfung in der Behandlung des tschechischen Volkes entsprechend der von mir verfolgten Politk der Versoehnung und Ausbleichung verhindern.

In einem solchen Augenblick meinen Posten zu verlassen, waere Fahnenflucht gewesen Andererseits aber glaubte ich auch, in einem Kriege, in dem es um Sein oder Nichtsein des deutschen Volkes gehen musste, als Deutscher, der ich nun einmal mit heisser Liebe bin, meine Kraefte und mein Koennen nicht versagen zu duerfen. Es ging ja nicht um Hitler oder um die Nazi-Herrschaft, sondern um mein Volk und dessen Existenz.

F: Sie haben also durch Ihr Verbleiben im Amt nicht etwa Ihre Zustimmung, Ihr Einverstaendnis mit diesem von Hitler entfesselten Kriege zum Ausdruck bringen wollen ?

A: Niemals. Es war ja eine vollendete Tatsache, zu der ich nichts beigetragen hatte, und ich hatte meine Einstellung, mein Urteil ueber den Wahnsinn dieses

H0382 – 0057



Krieges auch Hitler gegenueber unzweideutig zum Ausdruck gebracht. Aber ich waere mir selbst als Verraeter im deutschen und tschechischen Volk erschienen, wenn ich die von mir zum Nutzen und Wohle beider Voelker uebernommene, gewiss nicht leichte Aufgabe in dieser Stunde der Not im Stiche gelassen haette, solange ich noch helfen konnte, ihr - und sei es nur in beschraenktem Umfange, gerecht werden zu koennen. Ich glaube, dass kein anstaendiger Mann anders gehandelt haette, denn ueber allem, auch ueber den eigenen Wuenschen, steht die Pflicht gegenueber dem eigenen Volk.

F: Am Tage des Kriegsausbruches wurden im Protektorat, ebensowie uebrigens ueber all im Reich, als sogenannte Praeventivmassnahmen sehr zahlreiche Verhaftungen, jedenfalls mehr als Tausend, vorgenommen, vor allem von Vertretern der Intelligenz soweit sie als politisch unzuverlaessig betrachtet wurden.

Sind Sie von diesen Verhaftungen vorher unterrichtet worden, wie das nach Paragraph 11 der vorhin zitierten Verordnung vom 1. September 1939 haette geschehen muessen ?

A: Nein; aber auch nachher nicht. Ich erfuhr die Verhaftung durch den Praesident Hacha.

F: Was haben Sie daraufhin veranlasst ?

A: Ich liess mir zunaechst Frank kommen und machte ihm Vorhaltungen. Er erklaerte, er sei auch nicht orientiert worden; es handle sich um eine allgemeine polizeiliche Praeventiv-Massnahme.

F: Die also von Berlin direkt herauskamen ?

A: Ja, die von Himmler direkt an die Gestapo und den SD befohlen waren.

F: Haben Sie sich nun bemueht, die dergestalt Verhafteten, die ja zum grossen Teil ins Reich verbracht worden waren, wieder frei zu bekommen ?

A: Ja, ich habe mich dauernd bei Frank und in Berlin bei Himmler und Heydrich darum bemueht.

F: Und wie war der Erfolg Ihrer Bemuehungen ?

A: Hunderte von diesen Verhafteten, deren Namen ich erst muehselig von tschechischer Seite beschaffen musste, da die deutschen Polizei mir die Angabe der Namen verweigerte, wurden wenigstens im Laufe der Zeit entlassen.

F: Am 28. Oktober 1939 kam es in Prag erstmalig zu oeffentlichen Demonstrationen aus Anlass des tschechischen Unabhaengigkeitstages. Hierbei wurden einige Demonstranten und Polizisten getoetet oder verwundet, da die Polizei ziemlich schaff

H0382 – 0058



gegen die Demonstranten vorging.

Hatten Sie von den Polizeimassnahmen vor, waehrend und nach dieser Demonstration Kenntnis gehabt oder sie gebilligt ?

A: Ich war damals nicht in Prag und wurde erst am 29. Oktober von Frank telephonisch ueber die Unruhen unterrichtet. Die naeheren Umstaende erfuhr ich erst nach meiner Rueckkehr am 30. oder 31. Oktober. Ich machte Frank Vorwuerfe, dass er durch seine persoenliche Einmischung auf der Strasse und durch die Einsetzung von SS den Tumult verschaerft haette, statt die Herstellung der Ordnung der tschechischen Polizei zu ueberlassen.

F: Frank hat ueber diese Unruhen einen Bericht nach Berlin gerichtet, den er bei seiner Vernehmung durch die tschechoslowakischen Delegation am 5. Mai 1945 erwaehnt hat.

Einen Auszug aus dem Protokoll dieser Vernehmung habe ich in meinem Dokumentenbuch Nr. 5 unter Nummer 152 vorgelegt und moechte aus diesem Bericht ein paar Saetze zitieren:

"Das war das erste Mal, dass die Bevoelkerung oeffentlich demonstrierte und man diese Schlagworte, - die vorher erwaehnt worden sind, - in der Oeffentlichkeit hoerte. Die Angelegenheit wurde daher ernst genommen, und ich berichtete persoenlich ueber alle Vorgaenge nach Berlin. Ich bemerke, dass ich selbst Augenzeuge der Demonstrationen war und den Eindruck hatte, dass sie gefaehrlicher Natur waren. In dem Bericht, den ich nach Berlin schickte, stellte ich ausdruecklich fest, dass es sich hier um die ersten Demonstrationen handle und ihnen deshalb besonderes Gewicht beizumessen sei, weil sie auf oeffentlicher Strasse stattgefunden haetten. Ich bat um Weisungen und erhilet diese auch sofort aus dem Fuehrer-Hauptquartier. Sie waren von Berlin aus direkt an die Sicherheitspolizei gegeben, und ich erhielt Kenntnis von ihrem Inhalt. Die ganze Aktion wurde direkt von der Polizei durchgefuehrt."

Hatten Sie von diesem Bericht Franks und den darin erwaehnten Massnahmen irgend eine Kenntnis von seiner Absendung, beziehungsweise nachher ?

H0382 - 0059



A: Nein, dieser Bericht war mir bis hier in Nuernberg voellig unbekannt, aber Frank hat immer unmittelbar nach Berlin berichtet. Im uebrigen war ich auch absolut nicht der Meinung, dass diese Demonstrationen, die von jungen Leuten ausgefuehrt worden waren hauptsaechlich, als besonders wichtiges Ereignis aufzufassen seien, das besondere Polizeimassnahmen erforderte.

F: Bei dem Begraebnis eines der am 28. Oktober bei diesen Unruhen verletzten Studenten kam es dann am 15. November er erneuten Demonstrationen in Prag, in deren Folge mehrere Studenten erschossen, die uebrigen verhaftet und die Hochschulen geschlossen würden. Was wissen Sie ueber diese Vorgaenge?

A: Als der bei den Schlaegereien verletzte Student Publital seinen Verletzungen erlegen war, hatte die Polizei in Voraussicht neuer Demonstrationen die Teilnahme von Studenten an dem am 15. November stattfindenden Begraebnis verboten. Trotzdem kam es dann zu groesseren Ansammlungen, und bei dem Versuch der Polizei, diese zu zerstreuen, zu erneuten Demonstrationen und Schiessereien. Als dies durch Frank an Hitler gemeldet wurde, geriet dieser in grosse Wut und berief mich, Frank, und den Militaerbefehlshabern General Fredericki zu einer Besprechung nach Berlin. Bei dieser Besprechung hatte Hitler auch den tschechoslovakischen Gesandten Chvalkovsky, den fruecheren Aussenminister, berufen. Hitler war wuetend. Ich versuchte ihn zu beruhigen. Trotzdem machte er dem tschechischen Gesandten heftige Vorwuerfe und erklaerte ihn mit dem Auftrag, dies der tschechischen Regierung zu uebermitteln, dass er im Wiederholungsfalle schaerfste Massnahmen gegen die Ruhestoerer ergreifen, und dass er die ganze tschechische Regierung haftbar machen wuerde. Die Sprache Hitler's war durchaus unbeherrscht, und die Verhandlung fuer uns, die Zuhoerer, aeusserst peinlich. Nachdem die tschechische Gesandte gegangen war, blieben wir noch einige Minuten bei Hitler. Er frug mich, wielange ich in Berlin bliebe, ich sagte ihm, 1 - 2 Tage. Wir wurden dann zum Essen dabehalten, wobei aber von den Vorgaengen nicht weiter die Rede war. Zu Staatssekretaer Frank sagte er, er solle spaeter noch einmal kommen. Von Erschiessung der Fuehrer der Demonstration und der Verbringung von Studenten in Konzentrationslager wurde von Hitler kein Wort gesagt, auch nicht von der Schliessung der Hochschulen.

Als ich mich gegen Abend nach meinem Flugzeugfuehrer erkundigte, um ihn Weisungen zu geben, wurde mir auf dem Flugplatz mitgeteilt, dass er mit Frank in meinem Flugzeug nach Prag zurueckgeflogen sei. Ich fuhr am naechsten Tag mit dem

H0382 – 0060



Zug nach Prag zurueck und dort erst erfuhr ich, dass Hitler die Schliessung saemtlicher tschechischer Hochschulen auf 3 Jahre, die Verhaftung von etwa 1200 Studenten und ihre Verbringung in Konzentrationslager, sowie die Erschiessung der Raedelsfuehrer, angeordnet hat. Gleichzeitig aber wurde mir eine mit meinem Namen unterzeichnete Proklamation vorgelegt, in der diese Befehle bekanntgegeben wurden, und die in der Presse veroeffentlicht und oeffentlich angeschlagen war. Ich liess mir sofort Frank kommen und machte ihm Vorhaltungen ueber dieses unerhoerte, ohne meine Verstaendigung erfolgte Vorgehen. Er berief sich auf einen ausdruecklichen Befehl Hitler's. Die Proklamation hatte ich also ueberhaupt nicht gesehen. Mein Name war widerrechtlich von Frank daruntergesetzt. Auch als mein Stellvertreter hatte er dazu keine Berechtigung. Ich habe aber spaeter durch einen Beamten meiner Behoerde erfahren, dass Frank oefter meinen Namen auf diese Weise missbraucht hatte. Haette ich von den Befehlen Hitler's vorher Kenntnis gehabt, und er hatte ja Gelegenheit, mich in Berlin telefonisch zu erreichen, so haette ich selbstverstaendlich dagegen Widerspruch erhoben und schon damals meinen Abschied verlangt.

Ich habe mich sofort um die Freilassung der Studenten bemueht, und zwar bei Hitler persoenlich, und bei Himmler, und nach und nach sind auch die meisten, ich glaube ueber 800, und im Sommer 1941 die Letzten freigekommen.

Bei meiner kurz nach dem Vorfall erfolgten naechsten Anwesenheit in Berlin habe ich nich bei Hitler ueber sein Verhalten mir gegenueber lebhaft beschwert. Er wich einer Antwort, soweit ich mich erinnere, aus, versprach mir aber die baldige Freilassung der Studenten, und die Wiedereroeffnung der tschechischen Hochschulen nach einem Jahre. Beide Versprechungen hat er nicht gehalten.

DR. VON LUEDINGHAUSEN: Ich darf hierzu aus dem Fragebogen des Legationsrates von Holleben vom 18. Mai 1946, der damals in der Protektorats-Regierung arbeitete, seine Antwort auf Frage Nr. 21 vorlesen. Dieser Fragebogen befindet sich als No.-158 in meinem Dokumentenbuch V. Die Antwort des Herrn von Holleben lautet folgendermassen:

"Die Studentenunruhen im Oktober und November 1939 sind ein wunder Punkt in der Geschichte des Protektorats gewesen. Eine chronologische Wiedergabe der Vorgaenge kann ich aus der Erinnerung heraus nicht machen, ich kann aber folgendes bezeugen: Die Manifestationen, die am 28. Oktober 1939 aus Anlass des 20. Jahrestages der Konstituierung des tschechoslovakischen Staates in Prag und Bruenn hauptsaechlich von der akademischen Jugend stattfanden, waren vorauszu-

H0382 - 0061

Herr von Neurath hatte deswegen am 28. Oktober unter der Hand die Parole herausgeben lassen, sie nach Moeglichkeit zu ignorieren und gegen sie nur dann einzuschreiten, wenn sie den Charakter einer ernsten Gefahr fuer die oeffentliche Ordnung und Sicherheit annehmen. Aus der Nichtbefolgung dieser Parole ist sehr viel, wenn nicht das ganze Ungluck entstanden. Frank ist sofort nach der Konferenz bei Hitler nach Prag zurueckgekommen. Ueber die Massnahmen gegen die Studenten am 15./16. November hat das Buero des Reichsprotektors, der selbst noch in Berlin war, erst am folgenden Morgen Kenntnis erhalten, zum Teil durch die zahllosen Bittgesuche, die die Angehoerigen der ausgehobenen Studenten im Buero des Herrn von Neurath vorbrachten. Herr von Neurath hat nach meiner Ueberzeugung erst nachtraeglich von den Sanktionen gegen die Studenten Nachricht erhalten. Ich selbst habe ihm die entsprechende Meldung nicht gemacht, vermag auch nicht anzugeben, wer sie gemacht hat. Die in Frage stehende Proklamation an das tschechische Volk ist meiner festen Ueberzeugung nach ohne Kenntnis des Herrn von Neurath, und unter Missbrauch seines Namens herausgegeben worden. Ich besinne mich sehr genau, dass er deswegen sehr haeufig Auseinandersetzungen mit Frank hatte. Er blieb damals im Amt, weil er glaubte, durch sein Bleiben noch groessere Ungluck zu verhindern. Die Schliessung der Hochschulen empfand er als einen unverantwortlichen Eingriff in das Leben des tschechischen Volkes. Er war mit allen ihm zu Gebote stehenden Mitteln bemueht, den tschechischen Hochschullehrer und Studenten, die in deutsche Konzentrationslager ueberfuehrt worden waren, die suggessive Freilassung, und bis zur Freilassung die Unterbringung in Sonderabteilungen zu erwirken."

Ich moechte ferner hierzu dem Gericht eine mir erst vor wenigen Tagen zugegangene eidesstattliche Erklaerung der damaligen Sekretaerin Herrn von Neurath's, Fraeulein Irene Friedrich, vom 6. Juni 1946 ueberreichen, aus der einwandfrei hervorgeht, dass Herr von Neurath damals, als diese Proklamation, diese Bekanntmachung, erlassen und veroeffentlicht wurde, noch garnicht aus Berlin zurueck war, von ihr also noch gar keine Kenntnis gehabt hat. Ich darf bitten, von dieser eidesstattlichen Erklaerung Kenntnis nehmen zu wollen.

Ich nehme ferner Bezug auf eine von der Anklage - --

VORSITZENDER: Welche Nummer hat das Affidavit?

DR. VON LUDINGHAUSEN: No. 159, Herr Praesident.

H0382-0062

Ich beziehe mich ferner auf ein Dokument von der tschechischen Anklage, als Anlage 5 zum Zusatz zu No. 1 vorgelegtes Memorandum Herrn von Neurath's vom 26. Maerz 1946. Es ist eine Besprechung mit dem Praesidenten Hacha betreffend verhaftete Studenten und in der auch zum Ausdruck kommt,dass Herr von Neurath bemueht war und weiterhin sich bemuehte, die Studenten wieder freizubekommen.

VORSITZENDER: Koennen Sie uns die Nummer dafuer angeben? Sie sagten Dokumentenbuch V?

DR. VON LUEDINGHAUSEN: Nein, das ist dem tschechischen Bericht eingeheftet, USSR-60, das befindet sich nicht in meinem Dokumentenbuch. Ich habe nur Bezug darauf genommen.

F: Ist es nun ausser diesen beiden von Hitler persoenlich angeordneten Aktionen waehrend Ihrer Amtsdauer noch zu weiteren Verhaftungsmassnahmen groesseren Umfanges gekommen?

A: Nein, aber immer wieder zu Einzelverhaftungen, fuer deren Nachpruefung und eventuelle Aufhebung ich mich, auf Grund des Vorgehens der tschechischen Regierung und Privatpersonen, stets von neuem eingesetzt habe.

F: Ich moechte Ihnen nun weiter einige Saetze der tschechischen Anklage, USSR-60, in der englischen Ausgabe Seite 59, vorhalten. Ich zitiere:

"Vertreter der Turnvereinigung" Sokol" ( Falke), welche eine Million Mitglieder zaehlte, traten sofort nach dem Einfall einer Bewegung zur Befreiung der Heimat bei und zwar sowohl der Untergrundbewegung im Lande selbst, als auch der Bewegung im Auslande. Die Idee des "Sokol" vereinte die Mitglieder der Armee im Auslande und gab Staerke und Enthusiasmus auch waehrend der schwersten Zeiten. Dies war auch vielleicht sogar in noch hoeherem Masse zu Hause der Fall. Die Gestapo war sich dieser Gefahr bewusst und verfuhr deshalb mit der groessten Strenge. Anfaenglich waren ihre Anordnungen gemaessigt, Als sie jedoch die Unerschuetterlichkeit der "Sokols" erkannte, begannen sie Zwang anzuwenden. Die ersten Verhaftungen wurden am Tage der Besetzung der Tschechoslovakei vorgenommen, und eine weitere grosse Anzahl am 1. September 1939. Dann folgten ausgedehnte Verhaftungen von Einzelpersonen und Organisationen."

Wollen Sie sich bitte hierzu aeussern?

A: Die "Sokol" war sowohl die gefaehrlichste,staatsfeindliche Bewegung im Protektorat. Der Umfang seiner Taetigkeit ergibt sich gerade aus den eben verlesenen Saetzen der tschechischen Anklage. Es war selbstverstaendlich, dass

H0382 - 0063



derartige Umtriebe, vor allem im Kriege, nicht geduldet werden konnten. Dabei bezeichnet der Bericht ja selbst die ersten politischen Massnahmen, oder polizeilichen Massnahmen, nebenbei als " noch gemaessigt". Ich bin ueberzeugt, dass ich keinem anderen Lande solche Umtriebe (Untergrundbewegungen) etwa anders behandelt wordenwaeren. Ich solchen Faellen unzweifelhaften Hochverrats oder von Sabotage konnte ich mich unmoeglich fuer die Verantwortlichen einsetzen. Die tschechische Regierung hat dies uebrigens auch durchaus verstanden.

F: Der tschechische Bericht spricht weiter von standrechtlichen Erschiessunge Sind solche waehrend Ihrer Amtsfuehrung vorgekommen?

A: Nein. Von standrechtlichen Erschiessungen waehrend meiner Amtszeit, ausser den schon erwaehnten 9 Studenten, weiss ich nichts.

F: Hat sich nun Frank, abgesehen von seiner unheilvollen Taetigkeit als Hoherer SS und Polizeifuehrer als Ihr Staatssekretaer auch in die Politik und Verwaltung des Protektorates eingeschaltet, und haben Sie hier dabei mit ihm zusammengearbeitet?

A: Frank vertrat einseitig und radikal deutsche Interessen. Das war ein alter Sudeten-tschechischer Hass. Ich habe diese Tendenz immer wieder abgebogen; er war aber als mein Vertreter praktisch in die allgemeine Politik und Verwaltung eingeschaltet.

F: Wie war Ihr persoenliches Verhaeltnis zu Frank?

A: Von Anfang an durchaus schlecht wegen seines Radikalismus. Ausserdem bemerkte ich sehr bald, dass er mir sehr haeufig nicht die Wahrheit sagte.

F: Wie war nun Ihr dienstliches und persoenliches Verhaeltnis zum Praesidenten Hacha, und zur tschechischen Regierung?

A: Im allgemeinen gut. Die tschechische Regierung war damals davon ueberzeugt, dass meine Absichten auf faire und gerechte Behandlung der tschechischen Volksteile aufrichtig war, und dass ich alles in meinen Kraeften stehende getan habe, sie zu verwirklichen. Ich habe auf der anderen Saite ihr Bestreben, in erster Linie die Interessen ihres Volkes zu vertreten, verstanden und anerkannt. Mein persoenliches Verhaeltnis zum Praesidenten Hacha war, ich kann wohl sagen, ein sehr gutes. Ich habe mich stets bemueht, Herrn Hacha sein schwerstes Amt, soweit ich das konnte, zu erleichtern, denn ich wusste, dass auch er durch Annahme des Praesidenten-Postens und durch sein Verbleiben im Amt, ein grosses persoenliches Opfer brachte. Er und die Mitglieder der Regierung wurden von mir

H0382 - 0064



bei allen Veranstandungen entsprechend ihrer Raenge ausgezeichnet.

F: Wie war nun die Arbeitsweise Ihrer Behoerde in Prag. Waren Sie in der Arbeit voellig selbstaendig, oder waren Sie und Ihre Behoerde an Weisungen aus Berlin gebunden?

A: Das, was ich hierzu zu sagen habe, ist eine sehr langweilige Angelegenheit: Die Grundsaetze der Politik und auch der Ressorts-Verwaltung wurden in Berlin gemacht, auch soweit sie das Protektorat betrafen; also von Hitler selbst, oder von den Ressorts-Ministern. Mir oblag die Ueberwachung der Ausfuehrung und der Anwendung dieser Grundsaetze im Protektorat, unter Beruecksichtigung der besonderen Verhaeltnisse, die sich aus der ethnischen, kulturellen und wirtschaftlichen Struktur dieses Landes ergaben. Es ist selbstverstaendlich, dass vor allem im Kriege das in der Mitte des Reiches gelegene Protektorat nicht als selbstaendig behandelt werden konnte, sondern in den Gesamt-Komplex eingefuegt werden musste. Wie ich bereits erwaehnte, waren die einzelnen Abteilungen meiner Behoerde von den Berlinerzentralen aufgebaut worden. Die Beamten dieser Abteilungen hatten daher an sich schon eine sachliche Bindung an ihre Heimatministerie auch aber, als sie spaeter formell mir unterstanden. Die einzelnen Abteilungsleiter bekamen ihre Weisungen ueber die Behandlung bestimmter Fragen direkt aus Berlin von ihren Ressorts-Ministerien. Sie trugen sie dann dem Unterstaats-Sekretaer Burgsdorff, als Chef der Verwaltung, oder bei ganz grundsaetzlichen Dingen durch diesen dann mir selbst vor. Die Durchfuehrung im Protektorat wurde auf diese Weise besprochen und nach Besprechung mit dem tschechischen Minister abgestimmt. Hieraus ergaben sich dann die von mir, oder meinem Stellvertreter bezeichneten Verordnungen und grundsaetzlichen Einzelverfuegungen. Sehr haeufig handelte es sich dabei nur um die Einfuehrung von im Reich bereits bestehenden oder neu erlassenen Rechts-und Verwaltungs-Vorschriften. Im uebrigen sind auch eine Reihe von Verornungen, die das Protektorat betrafen, unmittelbar von den zustaendigen Berliner- Ministerien herausgegeben worden. Der Reichsinnenminister war als sogenannte Zentralstelle fuer den Erlass solcher Rechtsvorschriften eingesetzt worden.

DR. VON LUDINGHAUSEN: Herr Praesident, ich darf hierzu Bezug nehmen auf folgende in meinem Dokumentenbuch Nr. 5, vorgelegte Dokumente: Nr. 145 die Verordnung des Fuehrers und Reichskanzlers ueber das Protektorat Boehmen und Maehren zum Erlass vom 22. Maerz 1939, Nr. 146 Auszuege aus der fuer das

H0382 – 0065



Protektorat grundlegenden Verordnung ueber der Warenverkehr mit dem Protektorat vom 28. Maerz 1939,

Nr. 147 Verordnung ueber die Ausuebung der Strafgerichtsbarkeit im Protektorat vom 14. April 1939,

Nr. 148 Verordnung ueber das Setzungsrecht im Protektorat vom 7. Juni 1939, und ich beziehe mich nochmals auf das schon vorgelegte Dokument Nr. 147, Verordnung ueber den Aufbau der Verwaltung und die deutsche Sicherheitspolizei. Ich darf hierzu bemerken, dass alle diese Verordnungen nicht vom Reichsprotektor, sondern von dem zustaendigen Reichs-Ressorts-Minister, teilweise auch von Reichsmarschall Goering, als Vorsitzender des Reichsverteidigungsrates unterzeichnet worden sind. Die Rechtsgrundlagen fuer die Befugnis des Reichsprotektors, ist der Erlass des Fuehrers und Reichskanzlers ueber das Protektorat Boehmen und Maehren vom 16. Maerz 1939, unterzeichnet von Hitler, Frick - - -

VORSITZENDER: Einen Augenblick. Ersuchen Sie den Angeklagten aufzuklaeren, was er mit diesen Verordnungen des Reichsfuehrers und des Angeklagten Goering zu tun hatte ?

DR. VON LUEDINGHAUSEN: Nein, Herr Praesident, ich wollte damit zeigen, dass er damit nichts zu tun hatte, dass ihm aber die Durchfuehrung oblag. Er hatte an sich, nach der Verordnung, die ihn einsetzte, die Pflicht zur Ueberwachung dieser, auch von Reichsstellen erlassenen Verordnungen. Das wollte ich nur nachweisen, dass alle diese Verordnungen von ihmselbst nicht stammen, sondern vom Reichsfuehrer.

VORSITZENDER: Ist das richtig, Angeklagte?

ZEUGE: Ja. Ich darf bemerken, ich hatte lediglich darauf zu achten, dass die Uebergabe veroeffentlicht wurde im Protektorat, und diese dann durch meine Organe ueberwachen zu lassen, dass sie ausgefuehrt wurden.

Verhoer durch Dr. von Luedinghausen:

F: Wieweit reichte nun gegenueber all diesen Bestimmungen die Autonomie des Protektorates?

H0382 - 0066

A. Der Umfang der Automonie war nicht klar abgegrenzt. Grundsätzlich war das Protektorat autonom und wurde von eigenen tschechischen Beamten und Behörden verwaltet. Es kam im Laufe der Zeit zu erheblichen Einschränkungen dieser Autonomie, wie sie in dem soeben zitierten Erlass schon vorgesehen waren. Die Einführungen dieser Einschränkungen stand praktisch im Ermessen der Reichsregierung und resultierte zum Teil aus der allgemeinen Zentralisationstendenz in Berlin, machte sich aber im erheblichen Umfange auch durch die allgemeine politische Entwicklung notwendig, durch den Krieg und die sogenannte Totalisierung der Kriegsführung. Ich habe mich dauernd diesen Beschränkungen widersetzt, wenn sie sich, nach meiner Ansicht, mit den Lebensnotwendigkeiten des Protektorates und seiner Bevölkerung nicht im Einklag setzten.

DR VON LÜDINGHAUSEN: Ich darf mich hierzu Artikel 3 der bereits zitierten Verordnung, Erlass des Führers und Reichskanzlers über das Protektorat Böhmen und Mähren, die Nr. 144, meines Dokumentenbuches Nr. 5, beziehen. Er lautet:

" Das Protektorat Böhmen und Mähren ist autonom und verwaltet sich selbst. Es übt seine, ihm im Rahmen des Protektorats stehenden Hoheitsrechte im Einklag mit den politischen, militärischen und wirtschaftlichen Belangen des Reiches aus. Diese Hoheitsrechte werden durch eigene Organisationen und eigene Behörden mit eigenen Beamten wahrgenommen."

DURCH DR VON L DINGHAUSEN:

F. Was war mit den Wehrmachtdienststellen im Protektorat? Haben Sie mit diesen auch etwas zu tun?

A. Nein, sie unterstanden einem besonderen Wehrmachtsbevollmächtigten, der mich über die grundsätzlichen militärischen Fragen unterrichten sollte.

F. Ich möchte nun weiter übergehen zu einzelnen Punkten, die der tschechische Bericht USSR-60 erwähnt und die Ihnen zum Worwurf gemacht werden.

Inwieweit waren Sie zuständig für die Ausübung der Strafjustiz

H0382 - 0067



im Protektorat? Hatten Sie insbesondere Todesurteile gegen Tschechen zu bestätigen ?

A. Die Strafjustiz der deutschen Gerichte, denn die tschechischen unterstanden nicht meiner Aufsicht, sie unterstanden dem Reichsjustiz-Ministerium in Berlin. Ich hatte nur die Entscheidung über Gnadengesuche, über Urteile der deutschen Gerichte im Protektorat, die mir von dem Oberlandgerichts-Präsidenten vorgelegt wurden. Diese betrafen unter Umständen auch Tschechen. Sie betrafen aber keine politische Vergehen. Politische Prozesse gegen Tschechen wurden, soviel ich mich erinnere, vor dem Volks-Gerichtshof in Berlin geführt, soweit es sich um Hoch-und Landesverrat handelte. Soviel ich weiss, sind bei diesen Verahren gegen Tschechen genau die gleichen Grundsätze angewendet worden, wie gegen Deutsche.

F. Hatten Sie ein Begnadigungsrecht bei Urteilen des Volksgerichtshofes gegen Tschechen?

A. Nein, ich hatte keinerlei Einflussmöglichkeiten bei Begnadigungen.

F. Ist Ihnen zu Ihrer Zeit etwas über die Tätigkeit von Sondergerichten im Protektorat bekannt?

A. Nein, ich kann mich absolut nicht daran erinnern, dass Sondergerichte, solange ich dort war, tätig gewesen waren. Es kann sich hierbei, meines Erachtens, nur um deutsche Gerichte zur Verfolgung bestimmter Vergehen, wie z.B. Rundfunkdelikte, gehandelt haben, wie sie bei Kriegsausbruch im Reich eingerichtet wurden. Aber diese Gerichte unterstanden mir nicht, sondern dem Reichsjustizminister direkt. Er ernannte die Richter, erteilte diesen die Weisungen und die Richter berichteten ihm direkt. Ich hatte darauf keinerlei Einwirkungsmöglichkeiten.

F. Zu der Tätigkeit dieser Sondergerichte möchte ich Ihnen einen Satz aus dem tschechisch-slowakischen Bericht USSR-60 vorhalten. Er befindet sich auf Seite 106 der deutschen, Seite 92 des englischen Textes und handelt von Verodnungen und Erlassen, die diese Sondergerichte anzuwenden haben. Ich zitiere:

H0382 – 0068



" Eine grosse Anzahl dieser Verordnungen und Erlasse als unwiderruflich betrachtet werden."

Ist das richtig?

A. Ja, ich stimme in diesem Punkte mit dem tschechischen Anklagebericht vollkommen überein. Allerdings möchte ich aber annehmen, dass in der neuesten Entwicklung dieser Grundsatz auch bei zivilisierten Völkern eine erhebliche Abschwächung erfahren hat.

F. Ich möchte nun etwas wissen über die angeblichen Pläne zur Germanisierung des tschechischen besiedelten Raumes im Protektorat. Sie haben uns vorhin erklärt, dass Ihnen von der Existenz derartiger Pläne, zur Zeit Ihrer Amtsübernahme nichts bekannt gewesen sei. Von welcher Stelle wurden Ihnen dann später dieser Komplex hingetragen?

A. Diese Pläne stammten zum Teil aus sudetendeutschen Kreisen. In der Mehrzahl aber aus Organisationen Himmlers und dann auserdem auf Anregung des Gauleiters von Niederdonau.

F. Ich möchte Ihnen nun zu diesem Komplex der angeblichen Germanisierungsbestrebungen einen Bericht des Wehrmachtsbevollmächtigten im Protektorat, General Dridérici, an das OKW vom 15. Oktober 1940 vorhalten. Es ist dies das Dokument, das von der Anklagebehörde bereits unter PS 862, US-Exhibit Nr. 313 vorgelegt worden ist und betrifft Ausführungen über die Grundsätze der Politik im Protektorat, die der Staatssekretär Frank bei einer Dienstbesprechung mit Ihrer Behörde gemacht hat. Frank erwähnt darin eine Denkschrift, in der der Reichsprotektor nach reiflicher Prüfung zu den verschiedenen Planungen zahlreicher Dienststellen Stellung genommen hat und erwähnt dann drei Lösungsmöglichkeiten, über die Frage einer eventuellen Germanisierung des tschechischen Raumes. Ihnen ist ja diese Denkschrift, dieses Schriftstück, wohl auch bekannt. Ich glaube daher, es nicht verlesen zu müssen. Was wissen Sie über diese Denkschrift? Ist Sie von Ihnen selbst verfasst? Was haben Sie überhaupt dazu zu sagen?

H0382-0069



A. Die Denkschrift geht zurück auf die eben von mir erwähnten Versuche der verschiedenen Parteistellen über die eventuelle Auslieferung der Tschechen. Ich habe gegen diesen Plan als völlig unsinnig und undefinierbar, von Anfang an Front gemacht. Frank, der in diesem Papier mit mir übereinstimmte, verfasste daraufhin, auf meine Weisung, diese eben erwähnte Denkschrift, in der die radikalen Massnahmen der Partei und SS abgelehnt wurden und die sogenannte allmähliche Assimilierung als einzige t tragbare Lösung bezeichnet wurde. Ich wollte damit die Angelegenheit auf die lange Bank schieben und die Pläne der SS vereiteln. Da diese Aussiedelungspläne aber von Himmler bereits an den Führer herangetragen worden waren, musste ich eine strikte Weisung von ihm bekommen, um sie tot zu machen. Dazu brauchte ich, aus taktischen Gründen, irgendeinen Vorschlag. Daher der Vorschlag der Assimilierung, denn damit war die Sache tatsächlich vertagt. Ich habe, um die Gegenwirkung der SS und Himmlers auszuschalten, persönlich dem Führer darüber Vortrage gehalten und ihn um eine strikte Anweisung gebeten, die er dann auch erteilt hat. Damit war die Sache begraben und sie ist auch nicht weiter verfolgt worden. Der Satz, der in dieser Denkschrift vorkommt:

" Dass die Germanisierung noch Jahre vom Amt des Reichsprotektors wahrgenommen werden masse," bedeutet, dass sie sich, nämlich die SS, nicht mehr in diese Frage einschalten konnte. Der Reichsprotektor sollte dafür allein zuständig sein und dieser tat nichts. Darauf deutet im übrigen auch der Satz:" ebenso wie dem allen radikalistischen Phantastereien abgeneigten General Friderici hin, dass dem Zeugen der Wehrmacht sich daraus keine wesentlichen Folgerungen erheben, da diese Richtung von ihm immer eingehalten worden sei". Wenn Frank nach dem Bericht gesagt hat, "Elemente, die der beabsichtigten Germanisierung entgegenarbeiteten, müssen scharf angefasst und ausgeschaltet werden", so war das eben seine Diktion, die zu solchen Ansprachen gehörte. Praktisch ist, wie gesagt, in der Assimilierung

H0382 – 0070

nicht das mindeste mehr geschehen.

DR LÜDINGHAUSEN: Herr Präsident, ich bitte um Erlaubnis, hierzu aus dem bereits erwähnten Affidavit der Baronin Ritter, Nr. 3 meines Dokumentenbuches 1, ein paar Sätze zitieren zu dürfen, die sich auf Seite 18 meines Dokumentenbuches befinden. Es heisst dort: "Zu den Plänen der Germanisierung bezw. allmählicher Assimilierung der Tschechen äusserte sich Neurath folgendermassen in einem Brief:" GAnz abgesehen von dem verstandesmässigenen Standpunkt tun einem die Leute, die da einfach ....."

VORSITZENDER: Sagten Sie Seite 18?

DR LÜDINGHAUSEN: Seite 18, 2. Absatz von unten.

" .... Tun einem die Leute, die da einfach umgesiedelt werden sollen, in der Seele weh. Aber ich glaube, ich habe jetzt einen Weg gefunden, das Unheil abzuwenden. Zeit gewonnen, ist alles gewonnen, und oftmals ist aufgeschoben auch aufgehoben."

Herr Präsident, wenn ich mir eine Anregung erlauben darf, so würde ich bitten, jetzt Schluss zu machen, da der Germanisierungskomplex jetzt erledigt ist.

VORSITZENDER: Wie lange brauchen Sie noch? Sie haben bereits 1 1/2 Tage in Anspruch genommen.

DR LÜDINGHAUSEN! Es ist aber beidder wenig substanzierten und wenig kondreten Anklage , wie sie in dem tschechischen Bericht enthalten ist ..... muss ich ja jeden einzelnen Punkt, der überhaupt darin enthalten ist, erwähnen.
Ich habe noch ungefähr 20 Fragen.

VORSITZENDER: Wie lange glauben Sie noch zu brauchen?

DR LÜDINGHAUSEN: Eine Stunde.

VORSITZENDER: Das Gericht wird erwarten, dass Sie in einer Stunde fertig sind.

DR LÜDINGHAUSEN: Ich hoffe es.

VORSITZENDER: Wir vertagen uns nunmehr.

(Worauf sich das Gericht bis auf den 25. Juni 1946 1o.00 Uhr vertagt.)